

Leuch

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Über die englisch-amerikanische Politik in Deutschland	1
A. BORISSOWA — Die Konferenz der englischen Labourpartei in Margate	3
W. SCHAPOWALOW — Zur Lage in Finnland	7
A. DJAKOW — Englands neuer Indienplan	11
K. SERJOSHIN — Die USA-Politik im Nahen Osten	15
M. RUBINSTEIN — Die Neandertaler des Atomzeitalters (Eine Auslandspresseschau)	19
Internationale Umschau (Notizen)	23
S. MARCHLEWSKA — Das kulturelle Leben im heutigen Polen	26
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen	30
Chronik der internationalen Ereignisse	31

24

13. Juni 1947

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Deutsch

Latein

Englisch

Griech.

Russ.

Germ.

41	Luft	50 m. w. w.	50 m. w. h.	2	Luft	Luft	Luft
42	"	50 "	1	2	"	quadr.	Luft
43	"	50 "	1	2	"	Luft	Luft
44	"	50 "	1	2	"	Luft	Luft
45	"	50 "	1	2	"	Luft	Luft
46	"	50 "	1	2	"	Luft	Luft
47	"	50 "	1	2	"	Luft	Luft
48	"	50 "	1	2	"	Luft	Luft
49	"	50 "	1	2	"	Luft	Luft
50	"	50 "	1	2	"	Luft	Luft
21	"	20	1	2	"	Luft	Luft
22	"	6	1	2	"	Luft	Luft
23	"	Pa	1	2	"	Luft	Luft
24	"	Pa	1	2	"	Luft	Luft
25	"	Luft	1	2	"	Luft	Luft
26	"	Luft	1	2	"	Luft	Luft
27	"	Luft	1	2	"	Luft	Luft
28	"	10 L. w. w.	1	2	"	Luft	Luft
29	"	10 L. w. w.	1	2	"	Luft	Luft
30	"	10 L. w. w.	1	2	"	Luft	Luft
31	"	10 L. w. w.	1	2	"	Luft	Luft

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Über die englisch-amerikanische Politik in Deutschland

AM 10. Juni 1947 ist ein neues englisch-amerikanisches Deutschlandabkommen in Kraft getreten, das unterzeichnet wurde von General Clay, dem amerikanischen Oberbefehlshaber, und General Robertson, dem stellvertretenden britischen Oberbefehlshaber in Deutschland. Seiner offiziellen Benennung nach handelt es sich um ein Abkommen über die Schaffung neuer bizonaler Wirtschaftsinstitutionen. In Wirklichkeit handelt es sich um ein viel weiter reichendes Abkommen, besonders wenn man berücksichtigt, daß ihm offiziöse und halboffiziöse Erklärungen gefolgt sind, wonach in nächster Zeit die gesamte Macht in Westdeutschland an eine Zivilverwaltung übergehen soll und die englischen und amerikanischen Truppen nur noch Polizeifunktionen ausüben werden. Das Abkommen — eine logische Weiterentwicklung des Neuyorker Byrnes-Bevin-Abkommens über die ökonomische Vereinigung der amerikanischen und der englischen Besatzungszone — stellt restlos auch den Zweck des ersten Abkommens klar.

Die offiziellen Vertreter Englands und der USA betonten bekanntlich seinerzeit nachdrücklich, es handle sich um eine ausschließlich wirtschaftliche Vereinigung der Zonen, die keine politischen Zwecke verfolge, ihre Hauptaufgabe sei der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und die Verbesserung der Ernährungslage in den Zonen. Sie versicherten ferner, die Vereinigung der Zonen werde die ökonomische Einheit Deutschlands fördern.

Es war jedoch von Anfang an klar, daß der Hauptzweck des Abkommens keineswegs „wirtschaftlicher Natur“ war. Der Zusammenschluß der beiden Zonen wurde von der demokratischen Öffentlichkeit mit vollem Recht als der erste Schritt eingeschätzt auf dem Wege zur Verwirklichung der geplanten Zerstückelung Deutschlands

und zur Schaffung eines separaten „west-deutschen Staates“, die bekanntlich eine Verletzung der Potsdamer Beschlüsse darstellen. Die Tatsachen haben diese Einschätzung bestätigt.

Die wirtschaftlichen und politischen Folgen der Zonenvereinigung liegen jetzt auf der Hand. Das in Neuyork proklamierte großspurige Wirtschaftsprogramm hat keine positiven Resultate gezeitigt, es hat im Gegenteil über Westdeutschland ernste ökonomische Schwierigkeiten heraufbeschworen und namentlich die schwere Ernährungskrise verursacht. Die Landwirtschaft ist zerrüttet. Der Schleichhandel hat sich phantastisch entwickelt. In der Industrie dauert die völlige Stagnation an. Der interzonale Handelsaustausch ist gestört. Die Ruhrkohlenförderung bleibt auch weiter auf einem niedrigen Niveau.

Eine solche Sachlage hat nichts Verwunderliches, denn die Vereinigung der Zonen wurde keineswegs unternommen, um so rasch wie möglich die deutsche Wirtschaft wiederaufzubauen. Mit dieser Maßnahme strebte die englische und amerikanische Politik in Deutschland vielmehr ganz andere, recht weitreichende Ziele an. Bekanntlich ignoriert diese Politik immer mehr die höchstwichtige Aufgabe der Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands, wie die Potsdamer Beschlüsse sie vorsahen. Im Grunde ist sie darauf gerichtet, die volle Herrschaft der englischen und amerikanischen Monopole in Westdeutschland, das zu diesem Zweck von dem übrigen Lande abgetrennt wird, zu errichten.

Das neue Clay-Robertson-Abkommen wirft helles Licht auf den wahren Sinn der „Zweizonenpolitik“. Es postuliert die Schaffung neuer deutscher und alliierter Organe für die Verwaltung der vereinigten englisch-amerikanischen Zone, die von dem übrigen Deutschland politisch vollständig getrennt wird. Geleitet werden soll die

Zone von einem sogenannten Wirtschaftsrat. Dieser besteht aus 54 Mitgliedern, die von den Landtagen der einzelnen Länder gewählt werden. Der Rat verfügt über weitgehende Vollmachten, die Regierungen der einzelnen Länder sind ihm unterstellt. Er ist ein gesetzgebendes Organ, zu seinen Aufgaben gehört:

„Die Annahme und Verkündung von Gesetzen betreffend die Verwaltung der Eisenbahnen, der Seehäfen, der Küstenschifffahrt, des Post- und Telegraphenverkehrs, die Annahme und Verkündung von Gesetzen, die die allgemeinen, mehr als ein Land berührenden Grundsätze feststellen für: den Straßenverkehr zwischen den Zonen, die Erzeugung und Verteilung von Waren, Rohstoffen, Gas, Wasser und Elektrizität, den Außen- und Binnenhandel, die Preisbildung und Preiskontrolle, die Erzeugung, Einfuhr, rechnerische Erfassung und Zuteilung von Lebensmitteln, das Finanzwesen, die Währung, den Kredit, das Bankwesen und die Vermögenskontrolle, das Personal der Zweizonenverwaltungen und andere von der bizonalen Militärverwaltung (dem Bipartite Board) zugewiesene Aufgaben.“

Das zweite leitende Zonenorgan — der „Exekutiv Ausschuß“ — besteht aus Vertretern der Länderregierungen. Es wird die Tätigkeit der bizonalen Zweigverwaltungen kontrollieren und die vom Wirtschaftsrat durchzuführenden Maßnahmen vorbereiten. Dem Wirtschaftsrat und dem Exekutiv Ausschuß unterstehen auch die einzelnen Zweigverwaltungen, die jeweils von einem „Direktor“ geleitet werden.

Läßt man die das Wesen der Sache ein wenig maskierenden Bezeichnungen beiseite, so schafft das Abkommen faktisch eine besondere Art staatlich-bürokratischen Systems für die beiden Zonen. Der „Wirtschaftsrat“ ist eine Art bizonales Parlament, der „Exekutiv Ausschuß“ ist das, was in den deutschen Reichsverfassungen „Bundesrat“ bzw. „Reichsrat“ genannt wurde, d. h. eine Vertretung der einzelnen Länder, während die „Abteilungen“ nichts anderes sind als Ministerien für die Leitung der einzelnen Verwaltungszweige. Die Besonderheit dieses „Zweizonenparlamentarismus“ besteht jedoch darin, daß in ihm keineswegs das deutsche Volk, sondern nur die bürokratischen Regierungen der Länder und die Landtage vertreten sind, die auf Grund so reaktionärer Verfassungen bestellt werden wie z. B. die bayerische. Für diese „Regierung“ steht auch die „Hauptstadt“ schon bereit — Frankfurt am Main.

Noch mehr: es wird nicht nur eine Regierung der beiden Westzonen geschaffen, sondern auch eine Art besonderer Allierter Kontrollrat. Das Abkommen sieht vor, daß die Tätigkeit des Wirtschaftsrats von einem „Zweizonenrat“ kontrolliert

werden wird, der aus dem amerikanischen und dem britischen Oberbefehlshaber besteht. Bei dem „Rat“ wird ein „bizonales Kontrollamt“ (Bipartite Control Office) tätig sein, das aus Vertretern der beiden Besatzungsmächte besteht, ferner „bizonale Abteilungen“, die die Tätigkeit der deutschen Zweigverwaltungen — die Ministerien — zu kontrollieren haben werden. General Keating, der stellvertretende Oberbefehlshaber der USA-Truppen, hat am 2. Juni in einem Interview geradezu erklärt, der „Zweizonenrat“ sei eine Art Allierter Kontrollrat für die beiden Zonen, und das „Kontrollamt“ sei dasselbe wie das Koordinationskomitee. Offenbar denkt man sich den neugeschaffenen deutschen „Wirtschaftsrat“ als ein Organ, dem der Alliierte Kontrollrat für Deutschland nichts zu sagen hat.

Dieses ganze neue Zweizonensystem führt die Westzonen noch weiter weg von der Verwirklichung der Aufgabe, das ökonomische und politische Leben Deutschlands in demokratischem Geiste umzugestalten. Durchaus nicht zufällig sind dem bizonalen Wirtschaftsrat weder die Durchführung einer Bodenreform noch eine Dekartellisierung, weder die Bewerkstelligung der Reparationslieferungen noch die Denazifizierung zugedacht. Die Leitung der deutschen Wirtschaft wird in die Hände der reaktionären Bürokratie gelegt. Wohin das führen kann, erkennt man z. B. aus der Tatsache, daß 1600 von den 2000 Mitarbeitern der bizonalen Zentralverwaltungen frühere Mitglieder der Hitlerpartei sind.

Somit lassen das Wesen und die gesamte Richtung des englisch-amerikanischen Abkommens über die Vereinigung der beiden Besatzungszonen keinerlei Zweifel aufkommen. Es handelt sich nicht mehr bloß um eine Tendenz, sondern auch um die praktische Zerstückelung Deutschlands, die das Potsdamer Abkommen völlig umstößt: erstens erfolgt die ganze Lostrennung Westdeutschlands ohne die Zustimmung der anderen Teilnehmer dieses Abkommens; zweitens widerspricht diese Operation von Grund auf dem in Potsdam festgelegten Prinzip, wonach der deutsche Staat als ein einheitliches Ganzes erhalten bleiben soll.

Angesichts einer solchen Entwicklung der Zweizonenpolitik sehen die von Hoover und Vandenberg nachdrücklich vertretenen Anträge, unverzüglich eine westdeutsche Regierung zu schaffen und mit ihr einen Separatfrieden zu schließen, recht vielversprechend aus. Die Bestimmungen eines solchen Friedensvertrages würden natürlich vom ersten bis zum letzten Punkt von den amerikanischen und englischen Monopolen, die mit solchem Nachdruck die Zerstückelung Deutschlands anstreben, diktiert werden.

Die Vereinigung der beiden Zonen als ein Schritt zur Zersplitterung Deutschlands ist ein für die Sache des Friedens gefährlicher Weg. Die Vertreter der Sowjetunion haben auf der Moskauer Außenministerberatung hiervor gewarnt. Marshall und Bevin versicherten auf dieser Tagung wiederholt, sie seien darauf bedacht, die Potsdamer Beschlüsse zu respektieren und in die

Tat umzusetzen. Jetzt hat der englisch-amerikanische diplomatische Janus der Welt sein wahres Antlitz zugewandt. Die Leiter der Politik Englands und Amerikas, die Lippenbekenntnisse darüber ablegen, sie dürsteten danach, Deutschland in ein friedliebendes demokratisches Land verwandelt zu sehen, führen in der Praxis eine Politik durch, die diesem Ziel direkt widerspricht.

Die Konferenz der englischen Labourpartei in Margate

A. BORISSOWA

DIE JAHRESKONFERENZ der englischen Labourpartei, die vom 26. bis 30. Mai in Margate abgehalten wurde, hat sowohl in England als auch außerhalb des Landes die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in stärkerem Maße auf sich gezogen als irgendeine frühere Konferenz dieser Partei. In Margate wurden die wichtigsten Fragen der englischen Innen- und Außenpolitik angeschnitten. Hier wurde gewissermaßen das Fazit der zweijährigen Tätigkeit der Labourregierung gezogen, die seinerzeit die Macht antrat mit einem Friedensprogramm in der Außenpolitik und einem Programm sozialistischer Reformen innerhalb des Landes. Da sie über eine absolute Parlamentsmehrheit verfügt, hätte sie ihr Programm sehr wohl in die Tat umsetzen können.

Die Wahlplattform der Labouristen wurde 1945 in der bekannten Deklaration unter dem vielversprechenden Titel „Der Zukunft entgegen“ (Let Us Face the Future) dargelegt. Sie verlangte eine Politik großzügiger Regierungsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet, die Nationalisierung der Bank von England, der Brennstoffindustrie, der Kraftwirtschaft, des Eisenhüttenwesens, des Binnenverkehrs und eine Anzahl anderer progressiver Reformen — auf dem Gebiet der Sozialversicherung, des Bildungssystems usw.

In der Außenpolitik versprach die Labourführung freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion zu pflegen und mit den demokratischen Kräften in allen europäischen Ländern zusammenzuarbeiten. In der Wahlkampagne wurde besonderer Nachdruck auf die Konsolidierung der Beziehungen zwischen England und der Sowjet-

union gelegt, da diese Forderung in den Wählermassen außerordentlich populär war.

Seitdem sind zwei Jahre vergangen — eine Zeit, die hinreicht, damit die englischen Wähler prüfen können, ob diese Wahlversprechungen eingelöst worden sind.

Es ist natürlich kein Zufall, daß die Fragen der Außenpolitik der Labourregierung, insbesondere die Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion, auf der Margater Konferenz im Zentrum der Diskussionen standen.

Besonders verschärft wurden die Debatten über diese Fragen dadurch, daß sich unter den zur Konferenz veröffentlichten Materialien auch eine Broschüre unter dem Titel „Karten auf den Tisch“ befand. Wie später klar wurde, ist dieses Dokument nach Fingerzeigen aus dem Außenministerium abgefaßt und dann vom Exekutivkomitee der Labourpartei mit Stimmenmehrheit gebilligt worden. Es war speziell dazu bestimmt, die Außenpolitik der Regierung zu rechtfertigen. Diese Broschüre proklamiert einerseits die Unterstützung der Trumandoktrin und andererseits verleumdet sie die Außenpolitik der Sowjetunion.

Dieses verleumderische Dokument hat unter den Gesinnungsgenossen Churchills volle Billigung gefunden. Der erzreaktionäre „Daily Telegraph and Morning Post“ begrüßte es als eine „Attacke auf Sowjetrußlands Außenpolitik“.

Der Inhalt der Broschüre „Karten auf den Tisch“ wurde als eine offizielle Interpretation der Außenpolitik der Labourregierung auf der Konferenz diskutiert. Diese Diskussion zeigte, daß

unter den einfachen Mitgliedern der Labourpartei Unsicherheit, Unruhe und direkte Unzufriedenheit mit dem jetzigen außenpolitischen Kurs der britischen Regierung herrschen, durch den England auf den Status eines „Juniorpartners“ der USA hinuntergebracht worden ist.

Scharf kritisiert wurden fast alle Aspekte der englischen Außenpolitik, vor allem aber ihre Abhängigkeit von der Wall Street, die offenkundige Abweichung von dem versprochenen Kurs auf die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion und schließlich die Unterstützung der Reaktion in allen Ländern.

Der Labourabgeordnete Zilliacus, einer der namhaften „Rebellen“ im Unterhaus, erklärte, empört über die Argumentation der erwähnten Broschüre, diese bezwecke, „Britannien auf eine Linie zu bringen mit dem amerikanischen Kapitalismus durch Ausstoßung von Kriegsdrohungen gegen die Sowjetunion“. Das Pamphlet werfe, so meinte Zilliacus, die Außenpolitik über Bord, auf die hin die Labourpartei zur Macht gelangt sei.

Die unteren Organisationen der Labourpartei und der Trade-Unions brachten auf der Konferenz eine Anzahl von Resolutionen ein, die die Außenpolitik der Regierung verurteilen und dazu auffordern, in der Praxis den Kurs zu verwirklichen, der in dem Manifest „Der Zukunft entgegen“ proklamiert worden ist. In einer von ihnen, einer vom Gewerkschaftsrat und von der Organisation der Labourpartei in Gateshead eingebrachten Entscheidung, wird z. B. die „Willfähigkeit (subservience) gegenüber dem kapitalistischen Amerika“ verurteilt, die England „unvermeidlich in den vorauszusehenden Schlamassel (into anticipated slump) hineinziehen“ werde.

Die Regierung treibe jetzt in Europa eine ähnliche Politik wie die Konservativen in den Jahren nach dem Kriege von 1918, erklärte der Delegierte Hassall. „Wir rufen den Eindruck hervor, als errichteten wir rund um Rußland einen Zaun, bis Amerika so weit ist, das Geschäft selbst zu übernehmen“, sagte Hassall wörtlich.

„Millionen von Menschen wollen nicht in eine Lage hineingeritten werden, durch die diese Insel zu einem Mutterschiff für Atombombenflugzeuge und zu einer Atombombenzielscheibe für den Krieg der Wall Street gegen den Sozialismus gemacht wird“, sagte der Unterhausabgeordnete Tom Driberg.

Der Abgeordnete Richard Crossman bezeichnete die auf die Zerstückelung Deutschlands gerichtete Politik als „wahnwitzig“ (insane). Die von dem Delegierten Elliott für Guildford eingebrachte Resolution verlangte die Aufhebung der Zonenkontrolle in Deutschland mit der Maßgabe, daß sie so bald wie möglich ersetzt

werde durch „ein politisch und ökonomisch geeinigtes, von einer demokratisch gewählten Regierung verwaltetes Deutschland“.

Die Leiter der englischen Außenpolitik bekamen nicht wenige bittere Wahrheiten zu hören. Einer ernstlichen Beschießung unterzogen wurde sowohl die Unterstützung der Reaktion in Griechenland als auch die Begönnerung Francospaniens und ebenso die unfreundliche Haltung zu den Ländern der neuen Demokratie.

Diese Kritik, die von der Tribüne der Margater Konferenz auf die Labourführung herunterprasselte, war ein Ausdruck der Stimmungen und Gedanken, die breite Massen des englischen Volkes, vor allem die Arbeiterklasse Englands, bewegen.

Die Hafenarbeiter von Liverpool entsandten nach Margate eine Delegation mit einem an E. Bevin adressierten Plakat, auf dem zu lesen stand:

„Hitler, Mussolini und Chamberlain haben Franco zur Macht gebracht. Wir Liverpooler Hafenarbeiter verabscheuen es, faschistische Frachten zu laden oder zu löschen. Hört auf, uns zu nötigen, Streikbrecher der Demokratie zu sein (to blackleg on democracy)! Stellt sofort den Handel mit Franco ein!“

Aber die frische Luft der fortschrittlichen Arbeiterforderungen, die in den Sitzungssaal der Labourkonferenz gedrungen war, wurde von ihrer Führung eifrig wieder ausgetrieben. Es wurden alle Maßnahmen ergriffen, damit diese Forderungen die Abstimmung über die offiziellen Dokumente der Konferenz nicht beeinflussen. Nach mehreren kritischen Reden erhielten die Verteidiger der Politik Bevin's das Wort. Später bestieg auch der Außenminister selbst die Tribüne. Er stellte sich auf einen nicht sehr begründeten und nicht von Tatsachen erhärteten, aber trotzdem sehr bestimmten Standpunkt.

Bevin erklärte, er sei nicht gesonnen, um Entschuldigung zu bitten für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Griechenlands, da er diese Einmischung für richtig halte. Er versuchte die englisch-amerikanische Politik in Deutschland, die den Potsdamer Beschlüssen der Verbündeten widerspricht, zu rechtfertigen. Seine ganze Rede war eine Beweihräucherung der britischen Politik in allen ihren Erscheinungsformen, wobei der Minister sich nicht die Mühe gab, irgendwelche wie immer gearteten Beweise anzuführen.

Die Margater Konferenz hat die Außenpolitik Bevin's mit Stimmenmehrheit gebilligt. Die Führung der Labourpartei betonte gleichsam, daß sie nicht die geringste Absicht habe, die Außenpolitik im Geiste der Forderungen der demokratischen Gesellschaftskreise zu ändern. Besonders demonstrativ wurde unterstrichen, daß nicht der

Wunsch besteht, auf einen Ausbau der Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion Kurs zu nehmen.

Der Delegierte A. J. Squibb von der Labourorganisation Southampton brachte eine Resolution ein, in der verlangt wurde, daß die Mitglieder der Labourpartei das Recht erhalten, an der Arbeit der British-Soviet Friendship Society teilzunehmen. Squibb wurde von drei Delegierten unterstützt. Auf Antrag Harold Clays jedoch, der im Namen des Exekutivkomitees der Partei das Wort ergriff, verfiel die Resolution der Ablehnung.

Die Debatten über die Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion wurden in einer äußerst gespannten Atmosphäre geführt. Besonders große Empörung rief die von sowjetfeindlichen Ausfällen strotzende Rede des Delegierten Frederick Miller hervor, der sich zu dem Bericht über die Reise der labouristischen „Mission guten Willens“ nach der Sowjetunion äußerte. Der Unterhausabgeordnete Harold Davies erklärte unter Beifall, er habe während seiner ganzen vieljährigen Tätigkeit in der Labourbewegung noch nicht gehört, daß von der Tribüne einer Labourkonferenz eine solche Rede gehalten worden wäre.

• • •

Mehr als eine Million Stimmen — die fast ein Drittel aller Parteimitglieder vertreten — wurden auf der Konferenz für eine Resolution abgegeben, in der eine Überprüfung der englischen Militärausgaben zwecks Einschränkung der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte gefordert wurde. Bekanntlich veranlaßte der vor kurzem eingebrachte Gesetzentwurf der Regierung über die Wehrpflicht eine neue „Rebellion“ in den Reihen der Labourparlamentarier. Es stimmten 73 labouristische Unterhausmitglieder gegen den Gesetzentwurf, der, wie John Worrapl von Sheffield auf der Konferenz in Margate erklärte, das Resultat des Besuchs von Feldmarschall Montgomery in den USA war.

Der Parlamentsabgeordnete Harold Davies sagte in seiner Rede:

„Wenn mysteriöse überseeische Engagements der Nation das Lebensblut aussaugen, so ist das Land außerstande, die für seinen Wiederaufbau notwendigen Lebensmittel und Kohlen zu produzieren.“

Vielleicht der einzige Sieg der progressiven Opposition auf der Konferenz war die Annahme der Resolution über gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Die Delegierte E. M. White von der Parteiortgruppe Watford (London N), die diese Resolution einbrachte, erinnerte daran, daß die Labourpartei sich schon 1922 verpflichtet hat, eine

Politik gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit durchzuführen. Selbst jetzt aber, wo eine Labourregierung sich an der Macht befinde, sei dieses Versprechen noch unerfüllt. Die Resolution wurde mit einer Mehrheit von 2310 000 Stimmen gegen 598 000 Stimmen angenommen. Übrigens hatte Crawford vom Exekutivkomitee beantragt, daß diese Resolution, die doch einen wenn auch bescheidenen Fortschritt bedeutet, zurückgezogen werde.

Wie die englischen Zeitungen melden, wird das Kabinett diesen von der Konferenz gegen den Willen der Labourführung angenommenen Beschluß zu erörtern haben. Die „Times“ erklärt bereits warnend, wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands sei es gegenwärtig unzumutbar, eine solche Maßnahme durchzuführen.

Englands Wirtschaft befindet sich wirklich in einem schlechten Zustand. Der Lebensstandard der englischen Arbeiter ist stark gesunken und sinkt auch weiter. In einem von der Regierung veröffentlichten Weißbuch über wirtschaftliche Fragen wird vorgeschlagen, den schwererkrankten Wirtschaftsorganismus Englands durch Intensivierung der Arbeit zu kurieren. Die Kapitalmagnaten wollen offenbar die unabweislich notwendige Rekonstruktion der englischen Industrie auf Kosten der Arbeiter durchführen. Durch die Politik der Labourregierung wird ihnen diese Aufgabe erleichtert. Der Lordpräsident des Staatsrats, Herbert Morrison, schlug in einer Rede über die Wirtschaftslage vor, die Arbeiter sollten „den Gürtel ein bißchen enger schnallen“. Aus seiner Rede konnten die Delegierten ebenso wie aus der Rede Attlees erfahren, daß die Durchführung der von der Regierung programmatisch geplanten gesetzgebenden Maßnahmen künftig verlangsamt werden wird.

Die englischen Arbeiter sehen den Ausweg aus der Situation in einem radikalen Umbau der englischen Wirtschaft. Das hat seinen Ausdruck gefunden in einigen, der Margater Konferenz unterbreiteten Resolutionen, in denen auf die Notwendigkeit verwiesen wird, „einen nationalen Wirtschaftsplan“ aufzustellen.

Aktiv kritisiert wurde die Regierung auf der Margater Konferenz in Fragen der Innenpolitik von Delegierten der in der Labourpartei stark vertretenen Trade-Unions. Es muß daran erinnert werden, daß die Gewerkschaftskonferenzen im April und Mai d. J. ihre Unzufriedenheit ausgesprochen haben sowohl über das langsame Tempo der Nationalisierung als auch über die Art ihrer Durchführung und darüber, daß die Stahlindustrie bis jetzt nicht nationalisiert worden ist. Es wurden zahlreiche Proteststimmen dagegen laut, daß die früheren Aktionäre der

nationalisierten Betriebe zu reichliche Kompensationen erhalten.

Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß England durch den Krieg einen sehr empfindlichen wirtschaftlichen Schaden erlitten hat. Die Ausmaße dieses Schadens werden jedoch von den regierenden Kreisen Englands stark übertrieben.

Natürlich hat England während des Krieges in wirtschaftlicher Beziehung nicht wenig verloren. Zu diesen Verlusten gehört ein bestimmter Teil seiner Auslandsanlagen, obgleich die verbleibende Summe seiner ausländischen Kapitalinvestitionen immer noch erklecklich ist. Es hat ferner eine Reihe von Positionen auf dem Weltmarkt verloren, die während des Krieges von den amerikanischen Konkurrenten erobert worden sind. Es darf jedoch auch nicht vergessen werden, daß mit der Niederwerfung Deutschlands, Japans und Italiens keine geringen Reichtümer und vorteilhafte Positionen am Mittelmeer, in Afrika sowie im Nahen und Mittleren Osten in englische Hände übergegangen sind.

Wenn die regierenden Kreise Englands jetzt über Armut klagen, so geschieht das insbesondere zu dem Zweck, die englischen Arbeiter zu veranlassen, einer Politik des enger gezogenen Leibriemens zuzustimmen, und sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, immer neue Anleihen in den USA aufzunehmen, und zwar zu beliebigen, von den Magnaten der Wall Street diktierten Bedingungen. In Wirklichkeit verfügt England auch jetzt über Hilfsquellen, die völlig hinreichen würden, seinen ökonomischen Wiederaufbau zu bewerkstelligen, wenn das Land sofort den Weg einer progressiven Innen- und Außenpolitik beschritte. Es beschreitet jedoch einen anderen Weg, den entgegengesetzten Weg, und dieser Weg erweist sich als außerordentlich kostspielig.

Eine schwere Bürde für das Volk sind die riesigen Ausgaben für die Verwirklichung der Außenpolitik Bevins, die sich aus dem Unterhalt großer Kontingente englischer Truppen im Ausland, aus der Unterstützung reaktionärer volksfeindlicher Regierungssysteme in einer Anzahl von Ländern und den weitgehenden außenpolitischen Expansionsplänen ergeben. Diese Politik entspringt den Interessen und Forderungen der englischen Monopole, der Bankiers der City und der kolonialen Geschäftemacher, die gemeinsam mit ihren amerikanischen Seniorpartnern auf Weltherrschaft aus sind. Die Kosten dieser Politik aber müssen von den Volksmassen, die die Wirtschaftslage ihres Landes ununterbrochen verschlechtert sehen, bestritten werden.

Die jetzigen wirtschaftlichen Hilfsquellen Englands würden völlig ausreichen für eine progressive Innen- und Außenpolitik. Für eine expansionistische, imperialistische Politik aber sind sie in der Tat unzureichend.

Dem englischen Arbeiter erscheint der Weg einschneidender ökonomischer Umgestaltungen und freundschaftlicher Zusammenarbeit mit allen demokratischen Ländern viel sicherer als die amerikanischen Anleihen. Die Delegierte L. Heinsworth von South Paddington erklärte auf der Konferenz:

„Der Handel mit Planwirtschaftsländern, von denen die Sowjetunion das größte ist, ist notwendig für Britannien als ein Mittel des Selbstschutzes gegen den in Amerika herannahenden Schlamm (slump). . .“

Die Leitung der Labourpartei führt die englische Wirtschaft einen anderen Weg — den Weg der Abhängigkeit vom Dollar.

* * *

Der Sieg der rechten Labouristen über die progressiven Elemente in der Partei hat bei der konservativen Presse volle Befriedigung ausgelöst.

Obleich die wichtigsten Resolutionen, die die Politik der Regierung verurteilen, von der Konferenz abgelehnt worden sind, hat deren Verlauf gezeigt, daß in der Labourpartei tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen. Diese Meinungsverschiedenheiten betreffen nicht zweitrangige, sondern grundlegende politische Fragen, vor allem die Frage der gesamten Ausrichtung der Regierungspolitik.

Die links labouristischen „Reynold's News“ haben die Lage auf der Konferenz wie folgt charakterisiert:

„Dennoch dräut eine Krise hinter jeder Diskussion. . . Zweifellos wird man sich in der Labourbewegung, besonders unter den Gewerkschaften, immer mehr der Konsequenzen bewußt, die die wirtschaftliche Abhängigkeit von Amerika nach sich zieht.“

Die Politik der Labourregierung, die in Margate formale Bestätigung gefunden hat, befriedigt die Arbeiterklasse Englands — also den über großen Teil der Bevölkerung des Landes und seine wichtigsten schöpferischen Kräfte — nicht, da diese Politik ihren Interessen nicht entspricht. Die Tatsachen zeigen, daß die Führer der Labourpartei, zur Macht gekommen, nicht dem Volke dienen, sondern den Magnaten der City und den Kräften der internationalen Reaktion. Das Verständnis hierfür ist es offenbar auch, was die fortschrittlicheren und stärker mit den Massen verbundenen Elemente der Labourpartei dazu veranlaßt, ihre Proteststimme gegen die Politik der Regierung zu erheben.

Zur Lage in Finnland

W. SCHAPOWALOW

DIE REGIERUNGSKRISE in Finnland, die sechs Wochen andauerte, ist kürzlich damit zum Abschluß gekommen, daß die Vollmachten der zurückgetretenen Regierung Mauno Pekkala wieder in Kraft gesetzt wurden. Hierzu schrieb die Zeitung „Uusi Suomi“:

„In der Geschichte Finnlands ist das der erste Fall, daß eine zurückgetretene Regierung ihre Tätigkeit fortsetzen kann.“

Die Zeitung „Karjala“ meint, diese Krise sei „viel Lärm um nichts“ gewesen. Sie sucht also die Sache rückwirkend als unschuldigen Scherz hinzustellen, da die Krise nicht so ausgegangen ist, wie ihre Organisatoren, deren Sprachrohr „Karjala“ ist, es eigentlich erwartet hatten.

In Wirklichkeit war diese akute und lang anhaltende Regierungskrise durchaus nicht darauf zurückzuführen, daß es irgendwelchen Leuten aus Langerweile einfiel, eine Komödie in Szene zu setzen. Sie entstand, weil die Kräfte der Reaktion und die der Demokratie sich über den Weg, den die Entwicklung Finnlands nehmen soll, nicht einig werden konnten.

Der Bauernbund berief, da er den Regierungsbeschluß über eine gewisse Lohnerhöhung für die städtischen Transportarbeiter mißbilligte, seine Vertreter aus dem Kabinett ab und verursachte dadurch den Rücktritt des gesamten Kabinetts. Es wäre jedoch falsch, hierin den wahren Grund der Regierungskrise zu sehen. Die Organisatoren dieser Krise hielten es für unvorteilhaft und unangebracht, ihre wirklichen Ziele aufzudecken. Sie mußten Vorwände für die Herbeiführung der Krise erfinden, einer Krise, von der sie ziemlich tiefgreifende Veränderungen sowohl in der Innenpolitik als auch in der Außenpolitik der Regierung erhofften.

Die Regierungskrise wurde von den Rechtskreisen der Sozialdemokratischen Partei und des Bauernbundes in Szene gesetzt, die in den Spitzenorganen dieser Parteien Fuß gefaßt hatten. Sie standen in enger Verbindung zur Koalitionspartei Finnlands, die die Interessen der reaktionären Kreise der finnischen Großbourgeoisie vertritt. Diese Rechtskreise handelten jedoch nicht mit Wissen und Zustimmung der Mitglieder ihrer Parteien und der Massen von Werktätigen, die bei

den letzten Landtagswahlen für sie gestimmt hatten. Sie mußten ihre wahren Ziele selbst vor ihren eigenen Parteien geheimhalten und das Entstehen der Krise auf alle möglichen vorgeschobenen Ursachen zurückführen.

Das Exekutivkomitee der Sozialdemokratischen Partei unter Führung von Väinö Leskinen, dem politischen Willensvollstrecker Tanners, einem der finnischen Hauptkriegsverbrecher, übernahm es, den Nachweis zu führen, daß der Rücktritt der Regierung Pekkala politisch notwendig sei.

Am 29. März d. J. richtete das Exekutivkomitee der Sozialdemokratischen Partei an den Bauernbund und an die Kommunistische Partei ein Schreiben, das die wirtschaftlichen Perspektiven Finnlands in düstersten Farben ausmalte und folgende Schlußfolgerung zog:

„Die Sanierung der Wirtschaft ist nur durch Bildung einer neuen Regierung möglich, die das Problem der Stabilisierung zu ihrem wichtigsten Programmpunkt erhebt.“

Dieser Brief war für die reaktionären Kreise das Signal zu wütenden Angriffen gegen die Regierung Mauno Pekkala. Als die Organisatoren der Regierungskrise die Vorbereitung des politischen Terrains für abgeschlossen ansahen, übernahmen es die Rechtskreise des Bauernbundes unter Führung seines Vorsitzenden Sukselainen und seines Landtagsfraktionsführers Koivisto, die Krise auszulösen. Sie setzten durch, daß die Vertreter des Bauernbundes aus der Regierung abberufen wurden, was dann auch zum Rücktritt der gesamten Regierung führte.

Der zur Abberufung der Vertreter des Bauernbundes gewählte Vorwand wurde aufgebauscht und es wurde behauptet, eine Lohnerhöhung würde die Inflation auf die Spitze treiben, sie würde „die letzten Spargroschen der Landbevölkerung“ verschlingen, und überhaupt kümmere sich die Regierung nicht um die Bedürfnisse der Bauernschaft usw. Die demokratische Presse Finnlands hat die Grundlosigkeit solcher Anschuldigungen bloßgestellt.

Die Regierung Pekkala hat während ihrer einjährigen Regierungsdauer wiederholt die Verbesserung der Lage der werktätigen Bauernschaft erörtert und auch eine Reihe praktischer

Maßnahmen zu diesem Zweck in Aussicht genommen. Viele dieser Maßnahmen aber wurden von den rechten Bauernbündlern selbst vereitelt. Gemeinsam mit den Deputierten der Rechtsgruppen im Landtag und den rechten Sozialdemokraten ließen sie z. B. den Vorschlag über eine Steuersenkung für die Armbauern und Mittelbauern und eine entsprechende Steuererhöhung für die Großgrundbesitzer durchfallen. Sie waren es auch, die einen Gesetzentwurf zum Scheitern brachten, der der Regierung eine Handhabe bieten sollte, den großen Holzindustriellen einen Teil ihrer Überprofite aus dem Holzexport abzunehmen und dafür der finnischen Bauernschaft Düngemittel, Futterkonzentrate, Inventar und andere Importwaren zu erschwinglichen Preisen zuzuführen. Dieselben rechten Bauernbündler setzten eine Aufhebung des Beschlusses der Regierung Pekkala durch, demzufolge die Bauern die ihnen nach der Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte an den Staat verbleibenden Überschüsse auf den Markt bringen durften.

Die demokratische Presse hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das von den rechten Bauernbündlern angestimmte Gezeter über die Not der Landbevölkerung zur Tarnung völlig anderer Ziele dienen sollte, und daß mit der „Landbevölkerung“ keineswegs die werktätige Bauernschaft gemeint war.

Wenn man die Regierung Pekkala beschuldigte, sie sei unfähig und nicht einmal willens, die wirtschaftlichen Nachkriegsschwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, wenn man ihr zur Last legte, an dem Chaos im Wirtschaftsleben Finnlands schuld zu sein, so entsprach auch dies nicht den Tatsachen.

Die Regierung Pekkala hat, trotz dem entschiedenen Widerstand der Großkapitalisten, der an direkte Sabotage heranreichte, in kurzer Zeit bedeutende Resultate in der Wiederherstellung der Volkswirtschaft erzielt. Die Industrie produziert wieder soviel wie 1935. Die für den Export bestimmte Industrieproduktion ist auf das Zweieinhalbfache gestiegen. Der umfangreiche Holzbeschaffungsplan für 1946/47 ist fast 100prozentig erfüllt, das Sinken der finnischen Mark zum Stillstand gebracht.

Gleichzeitig aber stellt der Zentralverband der finnischen Gewerkschaften fest, daß zwar die Industrieproduktion und der Außenhandel rasch angewachsen und die Kapitalistenprofite ins Unermeßliche gestiegen sind, daß aber die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten Finnlands nicht nur keine Besserung aufweist, sondern sich infolge der Preissteigerung, der Steuererhöhung und anderer Ursachen bedeutend verschlechtert hat.

Der Zentralverband der Gewerkschaften hat die Regierung aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, damit sich die Lebenshaltung der Arbeiterschaft bessert. Die Regierung Pekkala konnte dieses Problem nicht ignorieren, da es von seiner Lösung abhängt, in welchem Tempo die Produktion sowie die Leistungsfähigkeit der Arbeiter steigt und die Wohlfahrt der werktätigen Bevölkerungsschichten und damit auch des ganzen Landes gehoben werden kann. Die Organisatoren der Regierungskrise haben die Lösung der Probleme, durch die sich die Lage der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen bessern soll, hintertrieben und gezeigt, daß nicht die Sorge um das Wohl des Landes und um die Bedürfnisse seiner Bevölkerung, sondern ganz andere Erwägungen für sie maßgebend sind.

Jetzt tritt klar zutage, daß die Organisatoren der Regierungskrise vor allem eine Auflösung des demokratischen Blocks der drei Landtagsfraktionen im Auge hatten. Dieser Block war gleich nach den Landtagswahlen vom März 1945 gebildet worden. Bekanntlich hat während der Wahlkampagne zwischen den Sozialdemokraten, dem Demokratischen Bund des finnischen Volkes (der die Kommunistische Partei, die Sozialistische Einheitspartei und zahlreiche Organisationen vereint) sowie den Bauernbündlern ein erbitterter Kampf um die Wähler stattgefunden. Die politischen Stimmungen und die Forderungen der breiten Bevölkerungsschichten zwangen aber selbst die rechten Kreise der Sozialdemokraten und Bauernbündler, die doch gegen den Demokratischen Bund auftraten, in ihren Wahllosungen denen des Bundes nahezu kommen. Kampf für einen lang währenden und dauerhaften Frieden, entschiedene Verurteilung der Abenteuerpolitik der finnischen Reaktionäre, die das Land in den Krieg hineingezogen hatten, Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion, Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen in Stadt und Land, Beseitigung der durch den verbrecherischen Krieg auf seiten Hitlerdeutschlands hervorgerufenen Verfallserscheinungen, Zügelung der räuberischen Bestrebungen der Großindustriellen und Finanzmagnaten Finnlands, entschiedener Kampf für die demokratische Entwicklung des Landes und gründliche Ausmerzung aller Überreste des Faschismus — dies waren die Forderungen, die unter der überwiegenden Mehrheit der Wählerschaft Beifall fanden. Sie wurden vom Demokratischen Bund vorbehaltlos in sein Wahlprogramm aufgenommen, und auch die Sozialdemokratische Partei und der Bauernbund schlossen sie, allerdings mit gewissen Vorbehalten, in ihre Wahlplattform ein. Außerdem wünschten die meisten Wähler die Zusammenarbeit aller progressiven und

demokratischen Kräfte des Landes. In ihr erblickten sie den einzig sicheren Weg zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse des finnischen Volkes.

Unter diesen Voraussetzungen war der Block der Landtagsfraktionen, bestehend aus dem Demokratischen Bund des finnischen Volkes, der Sozialdemokratischen Partei und dem Bauernbund, gebildet worden. Der Block hatte im Landtag 148 von den 200 Mandaten inne. Er war gleich nach den Wahlen zustande gekommen und nahm eine gemeinsame programmatische Deklaration an, die nicht nur entschiedene politische Demokratisierungsmaßnahmen, sondern auch Wirtschaftsreformen vorsah, wie z. B. Zuteilung von Boden an landlose und landarme Bauern, „Unterordnung der Kapitalien unter die Interessen der Volkswirtschaft und der Allgemeinheit“, zu welchem Zweck als notwendig erachtet wurde, „eine entsprechende Menge (von Kapitalien) der Gesellschaft oder den Organen zu übergeben, die die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen“. Auch eine Steuersenkung für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten, eine Verbesserung des Sozialversicherungswesens u. a. waren vorgesehen.

Die Bildung des Demokratischen Blocks der drei Landtagsfraktionen war für das Nachkriegsfinland ein wichtiges Ereignis. Dem Block war die weitgehende Unterstützung der Arbeiter, Bauern und Geistesarbeiter sicher, da seine Aufgaben den Volksinteressen entsprachen. Die antidemokratischen Kräfte begannen aber sogleich die Grundfesten des Blocks zu unterwühlen. Außerhalb und selbst innerhalb des Demokratischen Blocks fanden sich nicht wenige Elemente, die diese Vereinigung der demokratischen Kräfte zu sprengen suchten. Es gelang ihnen auch, den Block durch einen inneren Fraktionskampf in gewissem Maße zu schwächen. Man ging, wie die Zeitung „Arbetsblad“ vom 4. Mai d. J. feststellte, sogar so weit, „an die Stelle der Gruppeninteressen nationale Interessen treten zu lassen“. Dies mußte nicht nur die Erfüllung der gemeinsam von allen Blockteilnehmern übernommenen Verpflichtungen in Frage stellen, sondern auch die Existenz des Blocks selbst gefährden.

Als die Feinde des Blocks glaubten, dessen Stellung genügend erschüttert zu haben, beschlossen sie, ihm den Todesstoß zu versetzen. Die Abberufung der Kabinettsvertreter des Bauernbunds durch die Bundesleitung ohne Benachrichtigung des Blocks, und die Weigerung, sich in strittigen Fragen zu einer Einigung herbeizulassen, bedeutete einen fast offenen Austritt aus dem Block.

Die im März v. J. gebildete Regierung Pekkala ist eine Blockregierung. Der Demokratische Bund als größte Blockfraktion hat in ihr 6 Minister-

portefeuilles (darunter das des Ministerpräsidenten) inne, die Bauernbündler und Sozialdemokraten je 5. Außerdem gehörten der Regierung ein Vertreter der Schwedischen Partei und ein Parteiloser an. Die Regierung machte sich die Durchführung des Programms des Blocks zur Aufgabe. Der Austritt der Vertreter des Bauernbundes bedeutete für den Block als Grundlage der Regierung natürlich einen schweren Schlag.

Auch die rechten Sozialdemokraten — die Tannerleute Leskinen, Varjonen u. a. — setzten ihre Hoffnung auf eine Sprengung des Blocks. Gleich nach dem Ausbruch der Regierungskrise schlugen sie dem Demokratischen Bund vor, eine Regierung ohne den Bauernbund zu bilden. Regierungschef sollte jedoch der Vertreter einer Rechtspartei sein. Die Presse der rechten Bauernbündler hob hervor, daß diese an einer Beilegung der Regierungskrise nicht interessiert seien, und daß sie nichts dagegen hätten, wenn eine Regierung ohne sie gebildet würde. Sowohl die rechten Sozialdemokraten als auch die rechten Bauernbündler drängten die Fraktion des Demokratischen Bundes zur Liquidierung des Blocks.

Der Demokratische Bund ließ sich jedoch nicht darauf ein, da er wie stets zielbewußt für eine enge Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte des Landes kämpfte, deren Verkörperung ja auch der Block ist. Die Fraktion des Demokratischen Bundes bestand darauf, daß die Regierungskrise unter Aufrechterhaltung und Festigung des Blocks der drei Landtagsfraktionen behoben werde. Den Volksmassen blieben die Umtriebe der Reaktion nicht verborgen. Die demokratische Öffentlichkeit wandte sich gegen diese Versuche, den Demokratischen Block aufzulösen. Die Organisatoren der Regierungskrise, die rechten Sozialdemokraten und Bauernbündler, sahen sich von der Mitglieder Masse ihrer eigenen Parteien isoliert, da an Meetings und Versammlungen, die im Zusammenhang mit der Regierungskrise im ganzen Lande stattfanden und auf denen entschieden gegen die Pläne der Reaktion protestiert wurde, nicht nur Anhänger des Demokratischen Bundes, sondern auch Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und des Bauernbundes teilnahmen. Der Gedanke der Einheit und der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen die Reaktion war so tief im Bewußtsein der Volksmassen verwurzelt, daß keine einzige Volksversammlung sich für eine eventuelle Auflösung des Demokratischen Blocks aussprach, im Gegenteil, alle Versammlungen traten dafür ein, daß die neue Regierung auf derselben Grundlage wie die frühere gebildet werde.

Die Organisatoren der Regierungskrise haben also mit ihrem Versuch, den Demokratischen Block zu sprengen, Fiasko erlitten. Der Block hat der schwersten Prüfung, die er seit seiner Gründung durchmachte, standgehalten und seine Lebensfähigkeit bewiesen, er hat gezeigt, daß seine Existenz den Interessen des Landes entspricht.

Da es nicht gelungen war, den Block zu sprengen, wollten die Organisatoren der Regierungskrise eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Regierung durch „Erweiterung ihrer parlamentarischen Basis“, mit anderen Worten, durch Einbeziehung von Vertretern der reaktionären Opposition herbeiführen. Diese Idee war so unpopulär, daß man sie sogleich fallen lassen mußte. „Uusi Suomi“ mußte offen zugeben, daß

„man während der Krise nicht einmal zur Erörterung von Projekten schreiten konnte, die auf Bildung einer Regierung mit breiter parlamentarischer Basis abgezielt hätten“.

Die Koalitionäre mußten also bald den Gedanken aufgeben, ihre Vertreter ins Kabinett zu bringen. „Uusi Suomi“ schrieb:

„Die Regierung muß jedoch so zusammengesetzt werden, daß das neue Kabinett instande ist, unabhängig von den leichtsinnigen Absichten des Demokratischen Bundes eine energische Wirtschaftspolitik zu betreiben.“

Mit „leichtsinnigen“ Absichten meinen die Koalitionäre nicht nur die Forderungen des Demokratischen Bundes, sondern auch die der finnischen Gewerkschaften, der Mitgliedermasse der Sozialdemokratischen Partei, der breiten Bauernschichten, mit einem Wort, die Forderungen der überwiegenden Mehrheit des finnischen Volkes. Es handelt sich um Forderungen nach Abstellung der Preistreiberei, nach besserer Lebenshaltung für Arbeiter, Bauern und Geistesarbeiter, herbeigeführt durch wirtschaftliche Maßnahmen wie Verstaatlichung der Großindustriebetriebe und Banken, Agrarreform und Steuersenkung zugunsten der Werktätigen. Es handelt sich auch um die Forderung nach einem festen Kurs auf weitere Demokratisierung des Landes und Ausmerzung der Überreste des Faschismus.

Die Koalitionäre begriffen sehr wohl, daß sie auch unter der Marke der Sozialdemokratischen Partei und des Bauernbundes solche Leute in die Regierung einschmuggeln könnten, die der reaktionären Bourgeoisie treue Dienste zu leisten bereit wären. Hierin deckten sich ihre Wünsche mit denen der rechten Sozialdemokraten und Bauernbündler, die einige ihrer Vertreter in der Regierung durch andere ersetzen wollten. Es handelt sich hier namentlich um die Minister Eino Kilpi, Henrik Kallinen, Vihtori Vesterinen, Lauri

Kajjalainen, die ehrlich bestrebt sind, das Programm des Demokratischen Blocks zu verwirklichen. Gelänge es, diese Minister durch rechte Sozialdemokraten und Bauernbündler vom Schlage eines Varjonen, Leskinen, Kilpeläinen oder Annala zu ersetzen, dann brauchten die Koalitionäre selbst gar nicht mehr in die Regierung einzutreten.

Schließlich zielten alle Versuche, den Demokratischen Block zu liquidieren und das Kabinett zu reorganisieren, auch darauf ab, den politischen Kurs der Regierung zu verändern, Finnland vom demokratischen Weg abzubringen und es zu einer reaktionären Innen- und Außenpolitik zu veranlassen.

Die Organisatoren der Regierungskrise gaben beinahe zu, daß sie innerpolitische Veränderungen beabsichtigt hatten. Ihren Wunsch, das außenpolitische Steuer herumzuwerfen, haben sie jedoch, so gut sie konnten, geleugnet. Derartige Absichten werden aber nicht von ungefähr geheimgehalten. Die Regierung Pekkala wird in ihrer Außenpolitik vom Volke so rückhaltlos unterstützt, daß ihre Gegner sich nicht dazu entschließen können, offen diesbezügliche Veränderungen zu fordern.

Es ist aber kaum anzunehmen, daß die Initiatoren der Regierungskrise, die getarnte und offene Anhänger der reaktionären Politik einer noch nicht fernen Vergangenheit, Verteidiger der Kriegsverbrecher, Organisatoren des Militärkomplots und geheimer Waffenlager in die Regierung einschmuggeln wollten, nicht auch die Absicht gehabt haben sollen, den heutigen außenpolitischen Kurs Finnlands zu ändern.

Die Regierungskrise in Finnland war also im Grunde genommen eine Attacke der Reaktion nicht nur gegen Pekkala oder einzelne Mitglieder seines Kabinetts, sondern gegen die demokratischen Bestrebungen des finnischen Volkes. Diese Attacke stieß bei den demokratischen und fortschrittlichen Kräften des Volkes auf entschiedenen Widerstand. Gut besuchte Kundgebungen und Volksversammlungen, an denen Anhänger aller drei Parteien des Demokratischen Blocks teilnahmen, verkündeten die Ergebnislosigkeit der finnischen Volkes für die Sache der demokratischen Entwicklung seines Landes, für die Sache des Friedens und der Völkerfreundschaft. Sie forderten, daß der Reaktion eine entschiedene Abfuhr erteilt und die außer Rand und Band geratenen faschistischen Elemente niedergehalten werden, die durch Militärkomplots, Terrorakte und Drohungen, durch Sabotage in der Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft sowie durch andere Umtriebe das Rad der Geschichte rückwärts-

drehen wollen. Das Volk forderte: „Keinen Schritt zurück! Vorwärts zu neuen Siegen der Demokratie!“

So reagierten die Massen auf die von den reaktionären Kreisen provozierte Regierungskrise.

Die Protestbewegung hat den Reaktionären gezeigt, wie gering ihre Chancen sind. Sie traten den Rückzug an, zogen ihre beinahe schon offen ausgesprochene Forderung nach neuen Landtagswahlen zurück und schlugen vor, die Regierungskrise durch ein Kompromiß beizulegen.

Dieses Kompromiß kam schließlich in der Form zustande, daß Mauno Pekkala gebeten wurde, die Rücktrittserklärung der Regierung zurückzunehmen. Die Leitung des Bauernbundes hielt es für geraten, die abberufenen Bundesvertreter in der Regierung zu belassen, und das Exekutivkomitee der Sozialdemokratischen Partei erklärte, es betrachte die Regierung Pekkala als parlamentarische Regierung und die sozialdemokratischen Minister als Vertreter der gesamten Sozialdemokratischen Partei und ihrer Landtagsfraktion.

Am 21. Mai wurden die Vollmachten der Regierung Pekkala erneuert. Die Regierung blieb in ihrer alten Zusammensetzung bestehen.

Dieser Abschluß der Regierungskrise bedeutet unbedingt eine Niederlage der finnischen Reaktion. „Uusi Suomi“ erklärte am 22. Mai, der Demokratische Bund des finnischen Volkes sei „in der Frage der Regierung siegreich gewesen“.

Siegreich waren aber nicht allein der Demokratische Bund, sondern die gesamten demokratischen Kräfte Finnlands.

Das bedeutet natürlich nicht, daß die Reaktion ihre Waffen gestreckt hat. Im Gegenteil, sie wird zweifellos alles tun, um die Regierung an der Lösung der akuten Probleme zu hindern, die die werktätigen Massen Finnlands ihr stellen. „Uusi Suomi“ hat bereits erklärt, das Regierungsproblem sei nur „zeitweilig von der Tagesordnung“ gestrichen worden.

Die Reaktion hat den Rückzug angetreten, aber sie wartet ganz unverkennbar einen günstigen Moment ab, um noch wütendere Attacken zu unternehmen. Die demokratische Öffentlichkeit Finnlands ist sich hierüber durchaus im klaren. Sie wappnet sich, um alle neuen Attacken mit derselben Entschiedenheit zurückzuschlagen, wie sie es während der Regierungskrise getan hat.

Englands neuer Indienplan

A. DIAKOW

SCHON lange sind die wahren Freunde der Völker Indiens darüber einig, daß nur die volle, reale, und nicht formale Unabhängigkeit Indiens die Voraussetzungen dafür schafft, daß die Rückständigkeit dieses Landes behoben wird, daß seine Produktivkräfte sich entwickeln, seine Landwirtschaft sich hebt, die Lage der werktätigen Massen sich verbessert und sie sich politisch und kulturell aufwärtsentwickeln.

Schon im März v. J. erklärte die englische Labourregierung sich bereit, Indien die volle Unabhängigkeit zu gewähren, und machte den Vorschlag, daß es als Dominion im Rahmen des Imperiums verbleibe. Der sodann von England vorgelegte Plan der staatlichen Gestaltung Indiens ging ebenfalls von der Voraussetzung aus, daß das Land in ein neues Dominion Britanniens — die Indische Union — verwandelt werden soll.

Die größte und einflußreichste politische Partei Indiens — der Indische Nationalkongreß — hat sich bekanntlich nur mit großem Vorbehalt bereit erklärt, auf der Grundlage dieses britischen Plans an der Ausarbeitung einer Verfassung teilzunehmen. Bekannt ist ferner, daß Pandit Dschawaharlal Nehru, auch nachdem er den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden der Provisorischen Regierung übernommen hatte, noch wiederholt erklärt hat, die Annahme von Ministerposten durch führende Persönlichkeiten des Kongresses bedeute nicht, daß der Kongreß auf den Kampf für die völlige Unabhängigkeit Indiens verzichte. Schon im Dezember v. J., bei der Eröffnung des konstituierenden Organs, erklärte Nehru, der Kongreß betrachte dieses Organ als eine souveräne Versammlung, die, ohne irgendwelchen von außen aufgezwungenen Schemata Rechnung zu tragen, die Verfassung der unabhängigen

Indischen Republik ausarbeiten werde. Wir wissen ferner, daß das konstituierende Organ, obgleich die Moslemliga, also die Mehrheit der Mohammedaner, und ebenso die Vertreter einer Reihe von Fürstentümern in der Versammlung nicht vertreten sind, dabei war, eine Verfassung auf Grund des von Nehru eingereichten Entwurfs, und nicht ausgehend von dem erwähnten englischen Plan auszuarbeiten.

Die Moslemliga, die diesen Plan anfänglich akzeptiert hatte, widerrief ihren Beschluß, nachdem der Vizekönig es abgelehnt hatte, eine provisorische Regierung ohne Beteiligung des Nationalkongresses zu bilden. Die Liga erklärte, sie werde eine Kampagne „direkter Aktionen“ beginnen, um ihr Ziel, die Schaffung eines unabhängigen Staates der indischen Moslems — Pakistan — durchzusetzen. Sie erklärte ferner, sie werde die konstituierende Versammlung boykottieren, da sie der Auffassung sei, es bedürfe keiner für ganz Indien geltenden Verfassung.

Nachdem Dschawaharlal Nehru, der damals Vorsitzender des Nationalkongresses war, vom Vizekönig Lord Wavell mit der Bildung eines Vollzugsrats beauftragt worden war, bezog die Liga eine feindselige Stellung und proklamierte direkte Aktionen. Diese Kampagne führte zu Zusammenstößen zwischen Hindus und Moslems, von denen ganz Nordindien — von Bengalen bis zur Nordwestlichen Grenzprovinz — ergriffen wurde. Die englischen regierenden Kreise versuchten, die Schuld für die Verschärfung des religiösen Haders und für die brudermörderischen Gemetzel dem Nationalkongreß und der Moslemliga zuzuwälzen. Die fortschrittliche Presse Indiens wies jedoch mit voller Überzeugungskraft nach, daß diese Pogrome die Folge der Manöver waren, die die angloindische Regierung in den letzten Monaten durchgeführt hat.

Als dann später die Moslemliga ihren Standpunkt änderte und in die Regierung eintrat, erfuhr die politische Situation keine Entspannung. Der Boykott des konstituierenden Organs wurde von der Liga nicht eingestellt, und die Zusammenstöße zwischen Hindus und Moslems hörten nicht auf. Die Verhandlungen, die die Regierung Großbritanniens mit dem Nationalkongreß und der Moslemliga in London führte, erhöhten diese Spannung noch. Die Erklärung der britischen Regierung, die von dem konstituierenden Organ ausgearbeitete Verfassung werde nur für diejenigen Provinzen und Fürstentümer verbindlich sein, von denen die Mehrheit der Vertreter an ihrer Ausarbeitung teilnimmt, bestärkte die Moslemliga nur in ihrem Entschluß, die Tätigkeit des konstituierenden Organs zu boykottieren. Bald in dieser, bald in jener Provinz kam es zu Schar-

mützeln zwischen Hindus und Moslems. Gleichzeitig setzte eine Streikbewegung ein, die einen großen Teil der Industriezentren des Landes erfaßte.

Das war die Situation in Indien am 20. Februar 1947, als der britische Premierminister Attlee im Unterhaus eine neue Erklärung über die britische Politik in Indien abgab, die auf die folgenden grundlegenden Sätze hinauslief:

1. Die englische Regierung sei bereit, Indien zu „verlassen“ und den Indern bis Juni 1948 „die Macht zu übergeben“.

2. Werde bis zu diesem Zeitpunkt keine allgemein anerkannte indische Zentralregierung geschaffen, so gehe die Macht an diejenigen regionalen oder provinziellen Regierungen über, die dann bestehen und für zweckentsprechend erachtet werden.

3. Mit dem „Abzug“ aus Indien werde auch die Oberherrschaft der britischen Krone über die indischen Fürstentümer aufhören, und die Fürsten könnten vorgehen, wie es ihnen beliebt, d. h. sich einem beliebigen Staat, der in Indien geschaffen wird, anschließen, oder aber ihre Fürstentümer für unabhängige Staaten erklären.

Gleichzeitig wurde Feldmarschall Wavell aus Indien abberufen und Konteradmiral Mountbatten of Burma zum Vizekönig ernannt.

Handelsminister Stafford Cripps hat in einer Unterhausrede, in der er die erwähnte Erklärung der Regierung begründete, zugegeben, daß der britische Indienplan vom 16. Mai v. J. die Folge einer ersten Verschlechterung in den Beziehungen zwischen England und Indien war. Er erklärte, diese Beziehungen hätten sich noch weiter verschärft. Cripps führte aus, gleichzeitig hätten sich auch die Beziehungen der Hindus und der Moslems innerhalb Indiens verschärft, und England stehe vor der Wahl, gegen den Willen der Inder Indien noch 15 bis 20 Jahre mit Gewalt zu behaupten, oder aber die Verantwortung für die Verwaltung Indiens niederzulegen und den Indern die Macht zu übergeben. England sei nicht imstande, den ersten Weg zu beschreiten. Das wollten die Inder nicht, das wolle auch das englische Volk nicht, denn das würde eine drastische Verstärkung der englischen Truppen in Indien erforderlich machen. Man müsse sich deshalb, so erklärte Cripps, für den zweiten Weg entscheiden.

Es war also Angst vor der Volksbewegung und Verständnis für den Umstand, daß England nicht in der Lage ist, seine Herrschaft in Indien mit Gewalt aufrechtzuerhalten, was die englische Regierung dazu veranlaßte, ihre Erklärung vom 20. Februar d. J. abzugeben.

Diese Erklärung, die es der Moslemliga und den Fürstentümern faktisch überläßt, darüber zu entscheiden, ob Indien geeint sein oder zerstückelt werden soll, hat im großen und ganzen nicht nur bei der Moslemliga, sondern auch beim Indischen Nationalkongreß positiven Widerhall gefunden. Diese Tatsache ist um so bezeichnender, als der Kongreß bekanntlich stets scharf gegen eine Zerstückelung des Landes protestiert hat. Jetzt dagegen hat sich die Führung des Kongresses bereit erklärt, dem Ausscheiden Ostbengalens aus der Indischen Union und der Teilung des Pandschab, also der Schaffung eines wenn auch kleineren Pakistans zuzustimmen.

Trotzdem gingen die Zusammenstöße zwischen Hindus und Moslems weiter. Die blutigen Scharmützel im Pandschab haben die indische Bourgeoisie offenbar erschreckt. Sichtlich unter dem Einfluß dieser Ereignisse verzichtete die Führung des Kongresses auf ihre Hauptforderung, nämlich daß Indien zunächst die Unabhängigkeit erhalte und daß erst danach die Inder selbst über die Frage entscheiden werden, ob Indien ein geeintes Land sein soll.

Vor der Indischen Landeskonferenz der Völker der Fürstentümer erläuterte Nehru am 19. April den Standpunkt des Kongresses wie folgt:

„Unser Ziel ist im Moment, jeden Teil Indiens, den wir können, zu befreien; dann werden wir uns mit der Frage beschäftigen, wie der Rest die Unabhängigkeit erlangt. Indiens Vormarsch zur Freiheit wird nicht mehr auf Obstruktion stoßen.“

In dieser Situation verhandelte der neue Vizekönig Mountbatten in diesem Frühjahr mit den indischen Führern. Ende Mai reiste Mountbatten nach London, um seine Vorschläge von der englischen Regierung billigen zu lassen. Am 3. Juni wurde dann gleichzeitig in London und Delhi eine Erklärung der britischen Regierung „Über das Verfahren bei der Übergabe der Macht an Indien“ bekanntgegeben, die einen neuen englischen Plan für die Aufteilung Indiens darstellt.

Dieser Plan postuliert in erster Linie die Aufteilung der Provinzen Pandschab, Bengalen und Assam zwischen Hindus und Moslems. Zu diesem Zweck werden die gesetzgebenden Versammlungen Pandschabs und Bengalens in zwei Teile geteilt: die Deputierten der Kreise mit vorwiegend mohammedanischer Bevölkerung bilden den einen Teil, die der Kreise mit vorwiegend nichtislamischer Bevölkerung den anderen Teil. Spricht sich eine dieser beiden Gruppen der gesetzgebenden Versammlung mit einfacher Stimmenmehrheit für die Aufteilung der betreffenden Provinz aus, so wird diese Aufteilung durchgeführt.

Im Kreise Sylhet (Assam) soll eine Volksabstimmung über die Frage seines Zusammenschlusses mit dem östlichen, mohammedanischen Teil Bengalens durchgeführt werden.

Auch in der Nordwestlichen Grenzprovinz soll das Volk darüber abstimmen, ob die Provinz an Pakistan fällt oder nicht.

Hiernach wird Britisch-Indien aus zwei Teilen — Hindustan und Pakistan — bestehen, die beide die Rechte eines Dominions erhalten. Die konstituierenden Versammlungen der beiden Dominions werden, so verspricht die englische Regierung, darüber entscheiden, ob sie dem Imperium weiter angehören wollen oder nicht.

Was die Fürstentümer anbelangt, so bleiben ihre früheren Beziehungen zu England bis Juni 1948 aufrechterhalten. Nach diesem Zeitpunkt aber werden sie einem der indischen Staaten beitreten, oder aber sich für unabhängig erklären. Über ihren Eintritt in das Britische Reich mit Dominionsrechten wird nichts gesagt. Offenbar ist den Fürstentümern die Rolle englischer Stützpunkte innerhalb der künftigen indischen Dominions zgedacht.

Diesen neuen Plan bezeichneten einige englische und indische Zeitungen als einen Plan der „Balkanisierung Indiens“. Indien wird also vor derhand in zwei Dominions geteilt, die noch dazu durch die kleinen Inseln der zahlreichen Fürstentümer in Fetzen zerrissen werden. Die Gebiete vieler von ihnen, z. B. Haidarabads, Kaschmirs, Trawankurs, Bhopals, Indurs, beeilten sich, zu erklären, sie würden sich weder Hindustan noch Pakistan anschließen, sondern selbständig bleiben. Man errät unschwer, was das in der Praxis bedeutet. Die Maharadschahs und anderen Fürsten repräsentieren diejenigen Elemente in Indien, die am meisten daran interessiert sind, die feudalen Überreste und die englische Herrschaft im Lande aufrechtzuerhalten. Sie haben am meisten Angst vor der Volksbewegung und vor jeder wie immer gearteten Mitwirkung der Volksmassen an der Entscheidung über das Schicksal des Landes oder seine Verwaltung...

Gestützt auf die Hilfe der reaktionären Fürsten, aber auch auf bestimmte Kreise der besitzenden Klassen Indiens, deren Angst vor einer Volksbefreiungsbewegung es in seine Spekulationen einstellt, will Großbritannien seine Herrschaft über das in Teile zerrissene, in ein Sammelsurium schwacher und einander möglichst feindlicher Staaten verwandelt: Indien aufrechterhalten. Es hat nicht mehr die Kraft, ein geeintes, von der Unabhängigkeitsbewegung ergriffenes Indien unter dem Joch der kolonialen Sklaverei zu halten. Deshalb wird die alte Methode in neuer Gestalt angewandt: trenne, schüre den nationalen

Hader — und herrsche! Die Unabhängigkeit, die die englische Labourregierung den einzelnen Teilen des zerstückelten Indiens schenken möchte, stellt man sich in London als eine Art fiktiver Unabhängigkeit, ähnlich der des Iraks, vor.

Dieser Plan verheißt den Völkern Indiens böse Folgen. Findet er Verwirklichung, so wird Indien, wie früher der Balkan, zu einer Arena ständiger Konflikte und Zusammenstöße zwischen seinen einzelnen Teilen. Zweifellos werden sich unter den Regierungen der einzelnen Staaten dieses Landes Elemente finden, die sich von England beeinflussen lassen wollen. In manchen Fällen wird dieser Einfluß die einzige Grundlage sein, auf der eine solche Regierung sich wird behaupten können. Alles das wird die Vereinigung Indiens, also auch seine wahre Befreiung von der fremdländischen Herrschaft, sicherlich erschweren.

Das ist das eigentliche Wesen des neuen britischen Plans. Sein Ziel besteht darin, die Frist der englischen Herrschaft über Indien in dieser oder jener Gestalt zu verlängern.

Die Ausführungen der indischen Presse bestätigen, daß sich die öffentliche Meinung Indiens über alles das ausgezeichnet klar ist. Auch die Führer der politischen Organisationen Indiens müssen natürlich begreifen, wie die Engländer kalkulieren. Nichtsdestoweniger hat nicht nur die Moslemliga, sondern auch die Führung des Indischen Nationalkongresses den neuen britischen Plan akzeptiert.

Dschinnah hat in einer Rundfunkrede seine Unzufriedenheit über die Aufteilung Bengalens und des Pandschabs zum Ausdruck gebracht und dennoch die Moslems aufgefordert, den Plan anzunehmen. „Dawn“, das Zentralorgan der Moslemliga, hat vorgeschlagen, „Allah Dankgebete darzubringen am Geburtstage Pakistans“. Am 8. Juni d. J. hat der Rat der Liga mit absoluter Stimmenmehrheit den britischen Plan angenommen.

Diese Stellungnahme der Moslemliga kam nicht unerwartet. Aber auch die Führung des Indischen Nationalkongresses hat, wenn auch mit einigen Vorbehalten, den neuen britischen Plan angenommen. In seiner Rundfunkrede vom 3. Juni bedankte sich Nehru bei Mountbatten für die „Indien geleistete Hilfe“ und forderte die Bevölkerung auf, den britischen Plan als einzigen Ausweg aus der entstandenen Situation zu akzeptieren.

Die Annahme des britischen Aufteilungsplans bedeutet eine wesentliche Abkehr der Kongreßführung von ihren früheren Positionen. Die führenden Persönlichkeiten des Kongresses sind nun schon bereit, der Unabhängigkeit nicht mehr ganz

Indiens, sondern seiner einzelnen Teile zuzustimmen; sie lassen sich auf die Aufteilung des Landes nach dem Grundsatz der Religionsgemeinden ein; sie wollen anscheinend jetzt den Fürsten das Recht zuerkennen, nach ihrem Ermessen einen Teil der Delegierten zur konstituierenden Versammlung zu ernennen, was der geforderten Demokratisierung des verknöcherten halbfeudalen politischen Systems der Fürstentümer widerspricht.

Weshalb hat sich die Führung des Kongresses auf dieses Kompromiß zu einem Zeitpunkt eingelassen, wo die politische Situation in Indien sich, wie die Labourregierung selbst zugab, für die englischen Pläne so ungünstig gestaltete?

Wir wissen noch nicht, von welchen Beweggründen die Führer des Kongresses sich haben leiten lassen. Auf Grund der Äußerungen der indischen Presse kann man nur annehmen, daß einige politische Kreise es für vorteilhafter hielten, eine wenn auch teilweise Erfüllung der Unabhängigkeitsforderung zu akzeptieren, als die ganze Angelegenheit für unbestimmte Zeit in der Luft schweben zu lassen. Andererseits hat allem Anschein nach die Volksbewegung, deren Aufkommen die englische Regierung erschreckte, auch einflußreiche Kreise der besitzenden Klassen Indiens ängstlich gemacht. Sie haben ihre Reichtümer während des Krieges beträchtlich vergrößert. Sie haben die herrschende Stellung auf dem inneren Markt Indiens errungen und sind jetzt bestrebt, die Grenzen des Landes zu überschreiten und nach Südostasien und Ostafrika vorzudringen, um dort den Platz Japans zu besetzen. Die indischen Kaufleute, Finanzmänner und Industriellen lechzen nach neuen Profiten. Sie kämpfen gegen die indischen Arbeiter vorläufig mit Hilfe englischer Soldaten und befürchten, im Falle ihres Abzugs ernste Schwierigkeiten auf diesem Gebiet zu finden. Die indischen Unternehmer sind bereit, ein Abkommen mit dem englischen Kapital über die Aufteilung des inneren Marktes Indiens abzuschließen, nur um soziale Erschütterungen zu vermeiden. Zweifellos übt die Oberschicht der besitzenden Klassen Indiens einen großen Druck auf die Führung des Kongresses aus und nötigt sie zu Kompromissen.

In der Masse der einfachen Mitglieder des Kongresses und in den demokratischen Kreisen Indiens hat der britische Plan die entschiedenste Ablehnung gefunden. Gegen die Aufteilung Indiens hat sich außer der kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei auch eine Anzahl linksstehender Persönlichkeiten des Kongresses ausgesprochen. Die öffentliche Meinung Indiens ist auch nicht an der Tatsache vorbeigegangen, daß

der Plan in den Churchill nahestehenden Kreisen volle Billigung gefunden hat. Dort faßt man ihn offenbar als direkte Fortsetzung der früheren Kolonialpolitik Großbritanniens in Indien auf. Ein bedeutender Teil der indischen Zeitungen spricht sich gegen den Plan aus, da er den nationalen Interessen des Landes zuwiderlaufe. Breite Kreise der Öffentlichkeit Indiens verlangen vor allem die volle Unabhängigkeit des Landes, seine Einheit und den bedingungslosen Abzug Englands.

Der neue englische Plan ist in keiner Weise eine Lösung des indischen Problems. Er schafft keine Voraussetzungen für die Liquidierung der

wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rückständigkeit dieses Landes, die eine Folge der 200jährigen fremdländischen Oberherrschaft ist.

Außerdem wird die politische Zerstückelung Indiens seiner völligen Befreiung, seiner wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung neue Hindernisse in den Weg legen. Schon das erste Echo der indischen Presse auf den neuen britischen Plan zeigt, daß seine Verwirklichung in denjenigen Bevölkerungsschichten, die entschlossen sind, Indiens wirkliche Unabhängigkeit durchzusetzen, auf Widerstand stoßen wird.

Die USA-Politik im Nahen Osten

K. SERJOSHIN

DIE VERÄNDERUNGEN, die nach dem Kriege in den internationalen Beziehungen im Nahen Osten vor sich gegangen sind, zeugen für den wachsenden Einfluß, den die USA auf die politische Lage der Länder zwischen dem Mittelmeer und dem Persischen Meerbusen ausüben.

Bekanntlich galt der Nahe Osten bis in die letzte Zeit als traditionelle „Domäne“ der sogenannten imperialen Interessen Großbritanniens. Schon während des Kriegs, in Casablanca, gelang es, wie kürzlich in der amerikanischen Presse geschildert worden ist, dem damaligen britischen Premierminister Churchill, von Präsident Roosevelt die Zustimmung zu erhalten, daß England „die volle Verantwortung auf sich nimmt für die militärischen Operationen der Alliierten und die daraus zu folgernde diplomatische Politik im Mittleren Osten und auf dem Balkan“. Nach dem Kriege wurde, entsprechend einem Geheimabkommen der Generalstäbe Großbritanniens und der USA, die Zone des Nahen Ostens erneut den bewaffneten Kräften des Britischen Reiches „zu-erkannt“.

Indessen ist es völlig augenscheinlich, daß der in der Trumanbotschaft festgelegte Kurs der Außenpolitik der USA wenn nicht einen Rollenwechsel, so doch zum mindesten einen Ausgleich der Lage der USA und Englands in den Ländern des Nahen Ostens bedeutet.

Der namhafte, auch in der Öffentlichkeit tätige ägyptische Schriftsteller Taha Hussein-Bei schrieb hierüber:

„Da es seine Position in den Ländern des Mittleren Ostens verliert, hat Britannien beschlossen, sie der Aufsicht der Amerikaner zu überlassen.“

In der Tat: Englands Schuld an Ägypten (450 Millionen Pfund Sterling), den Irak (50 Millionen Pfund Sterling), die Notwendigkeit, ständige Hilfgelder an den König von Transjordanien und an die Regenten der kleinen Fürstentümer auf der Halbinsel Arabien zu zahlen, die finanziellen Verpflichtungen gegenüber Saudisch-Arabien, der Unterhalt einer 100 000 Mann starken Armee in Palästina, die Kriegslieferungen an die Türkei, die Besatzungskosten in Lybien und den anderen früheren Kolonien Italiens — alles das erwies sich als eine zu schwere Last für den britischen Staatshaushalt. England muß abrücken, muß dem stärkeren Partner und Konkurrenten Platz machen. Das Wolfsgesetz des Kapitalismus macht sich mit unerbittlicher Logik geltend.

Geht man der Frage nach, worüber gegenwärtig die amerikanischen Firmen in nahöstlichen Ländern wie Ägypten, dem Irak und Saudisch-Arabien verfügen, so wird es augenscheinlich, daß die amerikanischen Firmen hier schon vor dem Kriege festen Fuß gefaßt und dann während des Krieges ihre Positionen ausgebaut und das Fundament gelegt haben, damit das amerikanische Kapital nach dem Kriege auch die übrigen nahöstlichen Länder erobern könne.

In Saudisch-Arabien erhielt die Standard Oil Company of California im Mai 1933 eine erste, auf 60 Jahre befristete Konzession zur Erschürfung und Gewinnung von Erdöl in der Gegend von El Hassa. Diese Konzession wurde von der Arabian-American Oil Company, einer Tochtergesellschaft der Standard Oil Company of California, bewirtschaftet. Dann erweiterten die Amerikaner das Konzessionsterritorium sowohl durch ein neues Abkommen mit Ibn Saud als auch durch

die Erwerbung einer englischen Ölkonzession im Westen des Landes. Schon im Februar 1945 erreichten die Kapitalanlagen der Arabian-American Oil Company in Saudisch-Arabien 100 Millionen Dollar.

Gegenwärtig ist von den Amerikanern direkt im Zentrum der amerikanischen Erdölfelder in Saudisch-Arabien — auf der Halbinsel Dachran — eine „Erdölstadt in der Wüste“ errichtet worden. Nach Behauptungen amerikanischer Korrespondenten befinden sich hier allein 15 000 amerikanische Arbeiter und Techniker (während im Februar 1940, offiziellen Angaben zufolge, in Saudisch-Arabien nur 273 Amerikaner lebten).

Ganz Saudisch-Arabien ist heute eigentlich ein Erdölfeld der amerikanischen Gesellschaft. Außerdem gehören den Amerikanern hier Konzessionen für die Gewinnung von Gold (auch an der Grenze der englischen Kolonie Hadramaut) und einige andere Monopole.

Um die Wirtschaftspositionen der USA in Saudisch-Arabien ausbauen zu können, wurde es 1943 als „für die Verteidigung der USA lebensnotwendig“ erklärt und die Geltung des Lend-Lease-Gesetzes auch auf dieses Land ausgedehnt. Zwei Jahre später wurde öffentlich mitgeteilt, amerikanische Armeekräfte hätten — in Dachran — einen der größten Flugplätze im Nahen Osten angelegt. Angehörige der amerikanischen Luftflotte sind ferner die Erbauer und jetzt die Betreuer mehrerer Landeflächen auf der Strecke Dachran — Palästina. Einer der letzten Akte bestand darin, daß die Export-Import-Bank der USA der Regierung Saudisch-Arabiens einen 25-Millionen-Dollar-Kredit einräumte und daß König Ibn Saud die amerikanische Medaille „Für vorzügliche Dienste“ (Distinguished Service Medal of the U. S. Army) erhielt.

Was Ägypten anbelangt, so begann das Eindringen des amerikanischen Kapitals schon 1902. Die direkten amerikanischen Kapitalanlagen wuchsen von 8 305 000 Dollar (1936) auf 22 753 000 Dollar (1940) — ein imposantes Entwicklungstempo. Für die Nachkriegszeit fehlen exakte Zahlenangaben, doch besteht aller Anlaß zu der Annahme, daß die amerikanischen Kapitalanlagen in Ägypten sowohl während des Krieges als auch seit Kriegsende weiter gewachsen sind, selbst wenn man die Kapitalien abzieht, die in der Erbauung von Kriegsbetrieben im Zusammenhang mit den Kriegshandlungen investiert wurden (während des Krieges arbeiteten in englisch-amerikanischen Betrieben in Ägypten, Angaben der Presse zufolge, 800 000 Personen).

Mehr als 15 große amerikanische Firmen sind in den verschiedenen Zweigen des Handels, der

Industrie, des Finanzwesens und des Verkehrswesens Ägyptens tätig. Einige von diesen amerikanischen Firmen haben ein Monopol nicht nur in Ägypten, sondern im ganzen Nahen Osten überhaupt erworben; im Absatz von Personenkraftwagen, Filmen, elektrischen Kühlschränken, Maschinenanlagen usw. haben Amerikaner die Kontrolle an sich gebracht.

Die Verdrängung der lokalen Unternehmer durch Amerikaner begann schon 1928, als die Englisch-Amerikanische Niltouristengesellschaft (Anglo-American Nile and Tourist-Company) alle Aktien der ortsansässigen ägyptischen Gesellschaft aufkaufte. Die Erdölfirma Socony Vacuum Oil Company errichtete ihre Tankstellen in allen größeren Städten Ägyptens. Kurz vor dem Kriege erhielten diese Gesellschaft und die Standard Oil Company of New Jersey Konzessionen auf die Erschürfung von Erdöl in Ägypten, die sich auf ein Territorium von 6 Millionen Acres erstreckten. Vor nicht sehr langer Zeit schlossen amerikanische und englisch-ägyptische Erdölfirmen ein Abkommen über die gemeinsame Gewinnung von Erdöl auf der Sinaihalbinsel. Meldungen amerikanischer und ägyptischer Zeitungen zufolge trägt eine Anzahl amerikanischer Firmen sich mit der Absicht, in der nächsten Zeit mit dem Bau neuer Betriebe in Ägypten zu beginnen.

Am 7. Mai d. J. erklärte der ägyptische Finanzminister, die ägyptische Regierung habe die USA ersucht, ihr eine Anleihe von 88 Millionen Dollar auf 15 Jahre zu gewähren, um die ägyptische Währung stabilisieren zu können. Damals erschien im „City Observer“, einer Wochenschrift englischer Geschäftskreise, eine Mitteilung, die besagte, die USA-Regierung sei bereit, Ägypten 25 Millionen Pfund Sterling, also rund 100 Millionen Dollar, zur Verfügung zu stellen — aber für Verteidigungszwecke, und nicht für die Stabilisierung der ägyptischen Währung. Der diplomatische Berichterstatte des „City Observer“ bemerkte nebenbei, die USA hätten vorgeschlagen, amerikanische Sachverständige nach Ägypten zu entsenden, die einen Plan für die Verteidigung des Sueskanals ausarbeiten sollten. Es wurden ferner Mitteilungen gemacht über ein amerikanisches Projekt, demzufolge ein Kanal vom Tanganjikasee bis zur Nigermündung gegraben werden soll, der den ägyptischen Sudan und französische Besitzungen in Afrika durchschneiden würde.

Im Irak gehörten dem amerikanischen Kapital schon seit langem 23,75 Prozent aller Erdölaktien. Vor kurzem hat die Irakregierung den Amerikanern neue umfangreiche Konzessionen für die Gewinnung von Erdöl im Norden des Landes eingeräumt.

Die Vertreter der amerikanischen Erdölmonopole haben solide Aktienpakete auch auf den Erdölfeldern von Kuweit und Oman erworben. Die gesamte Erdölgewinnung der Bahreininseln gehört Amerikanern. Die Regierung Äthiopiens gewährte im Herbst 1945 der amerikanischen Sinclair Oil Company auf 50 Jahre eine Konzession für die Gewinnung von Erdöl im ganzen Lande. In der Auslandspresse wurde mitgeteilt, daß Jemen 1946 amerikanischen Unternehmern zu vorteilhaften Bedingungen das Recht eingeräumt hat, die Bodenschätze dieses Landes zu erschürfen. In Palästina beliefen sich, Angaben des in den USA 1945 erschienenen „Palestine Year Book“ zufolge, schon Anfang 1937 die amerikanischen Kapitalanlagen auf 39 Millionen Dollar, während sie sich 1945 auf 150 Millionen Dollar erhöht hatten. Gegenwärtig ist im Zusammenhang mit den Projekten, einen der Zweige der Trans-Arabian Pipeline in Haifa enden zu lassen und in der Gegend von Haifa große Erdölraffinerien zu errichten, der Zufluß amerikanischer Kapitalien nach Palästina noch stärker geworden.

Die vor kurzem vom USA-Department of Commerce veröffentlichten Mitteilungen über den Außenhandel der Staaten zeigen ein unentwegtes Ansteigen des amerikanischen Exports nach der Türkei: 1937 — 14 915 000 Dollar, 1945 — 15 600 000 Dollar, 1946 — 36 700 000 Dollar. Der Export nach Syrien bezifferte sich in den gleichen Jahren auf 2 548 000, 8 500 000 und 17 100 000 Dollar. Demgegenüber hat England 1946 nur für 6 233 809 Pfund Sterling, also etwa 25 Millionen Dollar, nach der Türkei ausgeführt, also bereits weniger als die USA.

Von noch größerer Bedeutung als die Wareneinfuhr ist bekanntlich die Kapitaleinfuhr. Die von der türkischen Regierung erlassenen Gesetze, von denen am 25. Mai der türkische Finanzminister Halit Nasmî Kısmîr Mitteilung gemacht hat, heben alle für ausländische Investitionen in der Türkei bestehenden Beschränkungen auf. Sie gestatten es ausländischen Kapitalisten, in der türkischen Industrie Kapitalien anzulegen und den gewonnenen Profit aus der Türkei auszuführen. Die „Trumandoktrin“ führt also die türkische Wirtschaft zu den Zeiten zurück, in denen sie ein Objekt schonungsloser Ausbeutung durch den ausländischen Imperialismus war.

Zufolge dem vom USA-Kongreß beschlossenen und von Präsident Truman bestätigten Gesetz erhält die Türkei eine Anleihe, von der bereits 100 Millionen Dollar vorgeschossen worden sind. Diese Anleihe wird, wie der stellvertretende Staatssekretär Clayton erklärt hat, nicht für zivile Zwecke verausgabt werden, sondern für

die Ausrüstung der türkischen Armee. In Ankara befindet sich bereits eine amerikanische Militärmission, die an der Modernisierung der türkischen Armee und an der Erweiterung des Flugplatzbaus mitarbeiten soll. Die regierenden Kreise der Türkei haben auch Washingtons Zustimmung zu einer Anleihe von 500 Millionen Dollar erhalten. Mit Recht beurteilt die Presse der nahöstlichen Länder die „Hilfe“ der USA für die Türkei als bereits eingeleitete Verwandlung dieses Landes in ein Aufmarschgebiet für die weitere amerikanische Expansion im Nahen und Mittleren Osten.

Besonders vermerkt werden muß, daß amerikanische Luftfahrtgesellschaften dabei sind, den „Luftraum“ über den Ländern des Nahen Ostens zu erobern. Der Krieg hat zu einer Neuverteilung der nahöstlichen Luftverkehrslinien geführt: die amerikanischen Gesellschaften haben sich zu Herren der Lage aufgeschwungen. Auf einer regionalen nahöstlichen Konferenz über Fragen der Zivilluftfahrt, die im vorigen Oktober in Kairo abgehalten wurde, waren die USA durch 59 Delegierte vertreten, während England 8, Frankreich 7 Vertreter hatte, und die übrigen, darunter auch die nahöstlichen Länder selbst, nur durch 1 oder 2 Personen vertreten waren. Bemerkt werden muß, daß sich unter den amerikanischen Delegierten 10 Offiziere des Stabs der amerikanischen Truppen in Europa befanden.

Die American Trans-World Airlines Company hat im letzten Jahre mehrere wichtige Luftverkehrslinien im Nahen Osten erworben. Sie verfügt über drei Magistralen Newyork—Kairo, von denen eine von Kairo über Tripolis, Tunis, Algier führt, ferner eine Linie Newyork—Dachran. Der gleichen Gesellschaft gehören die von ihren Vertretern geschaffenen sogenannten „nationalen“ Luftfahrtgesellschaften, eine iranisch-amerikanische Luftfahrtgesellschaft, die im Nahen Osten die Linie Kairo—Teheran bewirtschaftet; eine abessinisch-amerikanische Gesellschaft mit den Linien Kairo—Addis-Abeba und Addis-Abeba—Dschibuti; eine griechisch-amerikanische Luftfahrtgesellschaft Kairo—Athen. Amerikanische Flugzeuge fliegen über Jerusalem nach Basra, nach Syrien und dem Libanon, sie besorgen den Verkehr zwischen Newyork und Ankara.

Mit amerikanischen Kräften und Mitteln werden in der Türkei und im Libanon Flugplätze angelegt. Die von den USA und den Regierungen der nahöstlichen Länder auf der formalen Grundlage sogenannter Gegenseitigkeit abgeschlossenen Luftfahrtabkommen räumen den amerikanischen Luftfahrtgesellschaften große Privilegien ein.

Vor ganz kurzer Zeit erklärte der Washingtoner Korrespondent der Agentur United Press in einem Kommentar zu dem von Truman proklamierten „neuen Kurs“ der amerikanischen Außenpolitik folgendes:

„Fachleute, die mit der Lage wohlvertraut sind, meinen, in der nahöstlichen Politik der USA und im Mittelmeerraum werde der Schutz der großen amerikanischen Kapitalanlagen in den Erdölfeldern des Nahen Ostens eine immer wichtigere Rolle spielen.“

Nach dem Urteil des USA-Senators Johnson vom Staate Kolorado ist das Gesetz über die sogenannte „Hilfe“ für Griechenland und die Türkei nichts anderes als eine direkte Subventionierung der „fünf großen“ Erdölmonopole der USA, die neue Erdölkonzessionen anstreben.

Die Erdölinteressen der USA beeinflussen zweifellos auch die Stellungnahme der USA in der Palästinafrage. Bei der Erörterung dieser Frage auf der kürzlich abgehaltenen Sondertagung der UNO-Generalversammlung stieß der von der Sowjetunion und den arabischen Ländern eingebrachte Vorschlag, Palästina die Unabhängigkeit zu gewähren, auf den zähen Widerstand der Vertreter der USA. Während der ganzen vorhergehenden Zeit waren Palästina und das sogenannte Palästina-Problem für die amerikanische Diplomatie ein bestimmtes Mittel in ihrem großen politischen Spiel um die Besitzergreifung des Nahen Ostens. Tatsachen bezeugen, daß hier ein doppeltes Spiel gespielt wurde. Der angesehene amerikanische Jurist Bartley C. Crum, der an der Tätigkeit der englisch-amerikanischen Palästina-Kommission teilgenommen hat, konnte sich bei dieser Gelegenheit mit den Materialien eines vertraulichen Dossiers bekannt machen, das von der Abteilung für die Angelegenheiten des Nahen Ostens (Division of Near Eastern Affairs) und Afrikas abgefaßt worden war. Crum erklärt:

„Laut diesem Aktenbündel (file) sandte das Staatsdepartement seit dem 15. September 1938 den arabischen Regenten jedesmal, wenn der amerikanischen Judenschaft ein Versprechen hinsichtlich Palästinas gemacht worden war, Botschaften, die die gemachten Versprechungen minderten und ihnen wieder versicherten,

es werde, was auch den Juden öffentlich gesagt oder versprochen worden sei, nichts geschehen, um die Situation in Palästina zu ändern, ohne die Araber zu konsultieren.“

* * *

Die herrschenden Kreise der USA schickten sich zu territorialen Erwerbungen im Nahen Osten bereits nach dem ersten Weltkrieg an. Präsident Wilson wünschte bekanntlich ein Mandat über Groß-Armien. Einige andere Staatsmänner der USA waren nicht abgeneigt, auch noch Syrien dazuzuschlagen.

Angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse ist es unmöglich, mit einem so offen imperialistischen Programm aufzutreten und direkte Gebiets-erwerbungen zu verlangen. Deshalb treten die amerikanischen Politiker für „die Öffnung der Türen“ ein, wobei sie jedoch gleichzeitig auch Stützpunkte anlegen. Die Vergrößerung der Anzahl amerikanischer Kriegsschiffe im Mittelmeer wurde ergänzt durch Geheimverhandlungen mit England, die das Ziel verfolgten, den amerikanischen Streitkräften militärische Stützpunkte in Palästina einzuräumen. Die wohlunterrichtete Zeitschrift „United States News“ behauptet, dem englisch-amerikanischen Militärabkommen zufolge würden die Vereinigten Staaten unter gewissen Voraussetzungen die entsprechenden Vorhutstützpunkte erlangen, darunter auch auf Malta und in Palästina.

Unter dem Aushängeschild „gleicher Chancen“ auftretend und mit dieser Demagogie den Ausbau seiner ökonomischen Positionen in den Ländern des Nahen Ostens erweiternd, betreibt das amerikanische Kapital unentwegt seine weitere Expansion. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß alle Rechnungen dieser Art ohne den Wirt gemacht werden. Sie ignorieren die Interessen und den Willen der Völker, die nach Meinung der neuen Weltherrschaftsprätendenten nur dazu berufen sind, die Rolle stummer, unterwürfiger Sklaven der amerikanischen Konzessionäre zu spielen. Das ist die schwache Seite der Spekulationen, auf denen die amerikanische Politik im Nahen Osten beruht.

Die Neandertaler des Atomzeitalters

(Eine Auslandspresseschau)

M. RUBINSTEIN

DIE amerikanische Zeitschrift „Collier's“ vom 3. Mai d. J. bringt einen Artikel von Robert de Vore, „Der Reisepaß ins goldene Zeitalter“, der, wie eine redaktionelle Vorbemerkung besagt, zeigen soll, inwieweit die Atomkontrollgesetze sich auf das Leben aller Amerikaner auswirken können, und „warum die Russen so heftig gegen die Vorschläge der USA (bezüglich der Atomenergie) kämpfen“.

Der Artikel bringt nicht Klarheit, sondern nur Verwirrung in die Frage der Atomkontrolle. Er enthält aber auch charakteristische Bekenntnisse, die zum Verständnis einiger Aspekte dieser Frage beitragen können.

Der Verfasser meint, „der Zutritt zum goldenen Atomzeitalter wird mit der Freiheit bezahlt werden“, aber „wenn die Menschen klug sind“, so könnten sie die „wichtigsten Freiheiten“ behalten und brauchten die übrigen nicht sofort, sondern nur allmählich einzuschränken, und sie vermöchten diese Operation auf eine längere Zeitspanne auszudehnen. Wohlweislich sagt man nicht, welche „wichtigsten Freiheiten“ der amerikanischen Demokratie man meint, aber aus dem ganzen Artikel ergibt sich, daß man die Freiheit zur Ausbeutung der Werktätigen im Auge hat.

Während der Senatsdebatte über die Atomenergiebill, als davon die Rede war, daß die Patentierung von Privaterfindungen auf dem Gebiet der Atomenergiegewinnung verboten werden müsse, soll ein Senator erschreckt ausgerufen haben: „Zum Teufel, das ist ja Sozialismus“, und der Verfasser des in „Collier's“ erschienenen Artikels bemerkt hierzu:

„Der Kongreß hat hier zum erstenmal gesagt, jemand könne eine patentierbare Idee nicht patentiert bekommen. Aber das Gesetz geht noch weiter. Es heißt darin, daß jemand, der eine Maschine mit Atomenergieantrieb erfindet, sie nicht nur ohne Lizenz nicht herstellen darf, sondern nicht einmal das Recht auf die ausschließliche Produktion dieser Maschine genießt, das ihm sein Patent normalerweise garantiert hätte. So hat also — und auch dies zum erstenmal in der Geschichte — der Kongreß der zwangsweisen Lizenzierung Gesetzesform verliehen.“

Um diesem Punkt des Gesetzes, der einige Kommissionsmitglieder so sehr beunruhigte, mehr Klarheit zu verleihen, hätten die Senatoren

Arthur Vandenberg und Brien McMahon ein düsteres Bild entworfen, wie sich die unbeschränkte Entwicklung der Atomenergie auf das „Leben aller Amerikaner“ auswirken könne. Sie sollen erklärt haben:

„Nehmen wir einmal an, jemand gebe plötzlich bekannt, er habe eine Atomlokomotive erfunden, die von Neuyork bis Washington nur für ein paar Dollar Atomtriebstoff verbrauche. Alle Eisenbahn- und Kohlegesellschaftsaktien wären wertlos. Die Versicherungsgesellschaften, die Kapital in Eisenbahnen investiert haben, gingen pleite, und es gäbe ein ziemlich allgemeines Finanzchaos. Dies wäre, zugegeben, ein recht extremer Fall, man muß sich aber auf extreme Fälle gefaßt machen, wenn man es mit der Atomenergie zu tun hat.“

Diese Ausführungen der Senatoren Vandenberg und McMahon zeigen mit erschöpfender Klarheit, daß die staatliche Regelung und Kontrolle der Atomenergiegewinnung in den USA nicht darauf zugeschnitten ist, die Verwertung der Atomenergie für friedliche Zwecke auszubauen, sondern daß sie sie hindern und einschränken soll.

Amerikanischen Pressemeldungen zufolge hat David E. Lilienthal, der Vorsitzende der USA-Kommission für Atomenergiekontrolle im Landesinnern, am 2. Juni auf einer Sitzung des Unterausschusses Nummer 2 im UNO-Atomkontrollausschuß auf Fragen erklärt, die Verwertung von Kernheizstoffen für die Gewinnung elektrischen Stroms werde seiner Schätzung nach erst in 6 bis 10 Jahren technisch möglich sein. Diese Aufgabe könne schneller gelöst werden, wenn die USA ökonomisch daran interessiert wären, die Kohle durch eine solche Kraftquelle zu ersetzen.

Natürlich hat man hier nicht die ökonomischen Interessen der Volksmassen der USA im Auge, sondern die eigennützigen Interessen der Kohle- und Eisenbahngesellschaften, der Versicherungsgesellschaften und Banken, deren Befürchtungen die Senatoren Vandenberg und McMahon so beudet zum Ausdruck gebracht haben. Aus ihren Reden sprechen einerseits die Wünsche der amerikanischen Großmonopole, die eine Entwertung ihrer Kapitalien durch technische Umwälzungen und durch die hieraus resultierende weitgehende Verwertung der Atomenergie in der Produktion befürchten, und andererseits die Bestrebungen der

Militaristenkreise der USA, die auch weiterhin die Atomenergie nur im Hinblick auf ihre Verwendbarkeit für militärische Zwecke fortentwickeln wollen.

Eben mit dieser Absicht wurden der USA-Atomkontrollkommission im Landesinnern die Atomstoffwerke in Oak Ridge und Hanford, die Versuchsanlagen und Laboratorien übergeben, wobei Chemietruste, General Electric und andere Truste auch weiter diese Werke und Institutionen leiten.

Hiermit sind die amerikanischen Monopole und die mit ihnen verbundenen Militärkreise völlig einverstanden, die sich so die „Freiheit“ sichern wollen, die Volksmassen auszubeuten und diese Ausbeutung auch auf andere Länder, ja, wenn möglich, auf die ganze Welt zu erstrecken. Dafür kommen die anderen Freiheiten der amerikanischen Demokratie im Atomzeitalter offensichtlich zu kurz.

Wie „Collier's“ berichtet, hat die Atomkontrollkommission vom Kongreß den Auftrag erhalten, die Kontrolle über die Verbreitung wissenschaftlicher und technischer Informationen zu verschärfen. Die jetzigen Kontrollregeln sind bedeutend strenger, als die vom Army's Manhattan Engineer District* aufgestellten es waren. Wie in der Senatskommission erklärt wurde, wird selbst die Herausgabe des Buches „Atomenergie für militärische Zwecke“ von H. D. Smyth jetzt in führenden USA-Kreisen als ein unverzeihlicher Fehler angesehen, obwohl dieses Buch auf unmittelbare Anweisung von General Groves veröffentlicht worden war.

Der Kongreß hat der Atomkontrollkommission verboten, Personen einzustellen, die nicht vom Federalbüro für Untersuchungen (Federal Bureau of Investigation — Geheimpolizei) speziell beobachtet worden sind. Diese Regel soll sich auch auf alle anderen Organisationen erstrecken, die kontraktmäßig für die Kommission arbeiten. Selbst „Collier's“, eine Zeitschrift, der progressives Denken recht fernliegt, vergleicht diese Beobachtung mit den „Maßnahmen der berüchtigten japanischen Gedankenkontrollpolizei“.

Weiter wird in dem Artikel darauf hingewiesen, daß die Gelehrten, die für den Manhattan District arbeiteten, ihren Schülern nicht die erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen vermitteln dürfen, was zweifellos nicht gerade zur Entwicklung der Wissenschaft in den USA beiträgt. Überhaupt sind die Beschränkungen, die jetzt den Gelehrten auferlegt werden, so lästig, daß ein

bekannter amerikanischer Physiker kürzlich erklärt hat:

„Viele von uns finden, wir leben jetzt in einer Art geistigen Konzentrationslagers.“

Wie das alles in der Praxis aussieht, geht klar und deutlich aus den in der amerikanischen Presse veröffentlichten Berichten über die Sitzungen des Senats und der Sonderkommission des Kongresses hervor, in denen die von Präsident Truman eingesetzten Mitglieder der Atomkontrollkommission bestätigt wurden. Einige Monate lang wurde Lilienthal, der Vorsitzende der Kommission, der jahrelang ein staatliches Kraftkombinat — das sogenannte Tennessee Valley Authority — geleitet hatte und seinerzeit als Vertrauensmann des Präsidenten Roosevelt galt, einem hochnotpeinlichen Verhör unterworfen. McKellar, Senator vom Staate Tennessee, sowie eine Reihe anderer Senatoren, die die Interessen der Elektrizitätsmonopole vertreten und schon lange das Tennessee Valley Authority bekämpfen, gingen in den Debatten über die Elektrizitätstarife fast so weit, Lilienthal als „Agenten Moskaus“ hinzustellen. Man nahm es ihm übel, daß seine Eltern aus der Tschechoslowakei stammen, man beschuldigte ihn, er habe keine genügende Hochachtung für die Armee der USA, habe im Tennessee Valley Authority eine „kommunistische Zelle“ geduldet, und diese „Zelle“ habe sogar die Vorführung „kommunistischer Filme“ veranstaltet. Wie sich herausstellte, meinte man den französischen Film „Schuld und Sühne“ nach dem Roman von Dostojewski und einen Film über das Leben in den Kollektivwirtschaften der Sowjetunion.

In einer Rede erklärte McKellar:

„Ich bete zu Gott, daß wir nie ein internationales Abkommen über die Atomkontrolle haben sollen.“

Viele in der Senatskommission gehaltenen Reden stellen durch ihren reaktionären Obskurantismus die Reden Goebbels' und Streichers in den Schatten.

Charakteristisch für das Kulturniveau des ehrenwerten Herrn Senators ist folgende Episode, die in der Zeitschrift einer amerikanischen Chemiegesellschaft erzählt wurde. Während des Verhörs von Lilienthal stellte McKellar drohend die Frage, wie jener sich entschließen konnte, die Ernennung zum Leiter der gesamten Atomenergieentwicklung in den USA anzunehmen und General Groves' Absetzung zuzustimmen, der ja „die Atomenergie entdeckt“ habe. Als eingewandt wurde, nicht General Groves sei der Entdecker gewesen, sondern Gelehrte der Physik hätten sie erschlossen, da behauptete McKellar, offenbar, um die Verdienste dieser Physiker

* Deckbezeichnung für eine Sonderstelle, die im Kriegsdépartement eingerichtet wurde, um an der Schaffung der Atombombe zu arbeiten.

herabzusetzen, schon Alexander der Große habe... „seinen mazedonischen Wissenschaftlern befohlen, die Spaltung des Atoms zu versuchen“.

Die ehrbare Chemiezeitschrift weiß bei dieser Gelegenheit wenig Schmeichelhaftes über das Kulturniveau einiger Staatsmänner der USA zu sagen. Sie muß darüber wohl ganz genau Bescheid wissen.

Der Verfasser des im „Collier's“ erschienenen Artikels erzählt weiter:

„Ein Reporter, der den Angriffen Senator McKelars gegen David E. Lilienthal zuhörte...“, blickte zu erst den bejahrten Senator von Tennessee, dann Lilienthal an und sagte: „Vom Neandertaler zum Atomzeitalter.“

„Collier's“ berichtet übrigens nicht, daß Lilienthal zwar schließlich doch als Vorsitzender der Kommission für Atomenergiekontrolle bestätigt wurde, daß aber in den USA auf dem Gebiet der Atomenergie die Politik der heutigen Neandertaler triumphiert, die die Steinaxt gegen die Atombombe vertauscht haben.

* * *

Robert de Vore beleuchtet in seinem Artikel das Problem der Atomkontrolle auch vom internationalen Standpunkt. Er schreibt:

„Dieselben Befürchtungen, die den Kongreß veranlaßt haben, das Atomgesetz für Amerika zu schreiben, veranlaßten auch die amerikanischen Diplomaten in Lake Success zu dem Versuch, es für die Welt zu schreiben. Und das Muster der Kontrolle, für das sie kämpften, war in beiden Fällen fast identisch. Statt einer Atomenergiekommission für das eigene Land wollten sie eine internationale Atomentwicklungsbehörde. Die Männer, die diese Behörde bilden, würden Vollmachten besitzen, die denen der USA-Kommission sehr ähnlich sind.“

De Vore gibt also zu, daß mit dem „Baruchplan“ und den anderen Vorschlägen der USA zur Atomkontrolle keineswegs beabsichtigt war, ihre Verwertung für militärische Zwecke einzustellen und ihre Entwicklung zu friedlichen Zwecken zu fördern, sondern, im Gegenteil, die Verwertung der Atomenergie für friedliche Zwecke in jeder Hinsicht zu hemmen („damit nur ja die Aktien nicht entwertet werden“), und sie auch weiter militärischen Zwecken dienstbar zu machen. Er schreibt:

„Das vorgeschlagene Limit, wieviel Atombetriebe eine Nation bauen darf, sollte ein annäherndes Gleichgewicht zwischen den Nationen der Welt bezüglich der für militärische Zwecke verwertbaren Atomenergie herstellen.“

Wie sich die amerikanischen Atomdiplomaten dieses „Gleichgewicht“ vorstellen, zeigt die Wiedergabe der wichtigsten Vorschläge der Sowjetdelegation zur internationalen Atomkontrolle.

Der Verfasser hält eine Verständigung in den meisten dieser Punkte für möglich und schreibt:

„Die Sowjetunion besteht aber noch immer auf der Vernichtung der Atomwaffenbestände als wesentlichen Bestandteil einer Konvention, die unverzüglich ausgearbeitet werden soll, um die Herstellung und Anwendung der Atomwaffe zu verbieten. In dieser letzterwähnten Frage sind sich die Sowjetunion und die USA so wenig nähergekommen wie nur je, und es sind keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß eine der beiden Parteien nachzugeben bereit wäre... Es liegt kein Zweifel über den Standpunkt der Amerikaner vor. Sie werden nie darauf eingehen, daß jemand über unsere Atombombenbestände verfügt, solange keine wirksame internationale Kontrolle in Kraft getreten ist.“

Der größeren Klarheit halber schließt der Verfasser seinen Artikel mit der Erklärung, von einem internationalen Atomkontrollabkommen könne keine Rede sein, solange die strittigen Probleme bezüglich Deutschlands, Österreichs, Griechenlands, der Türkei und Koreas nicht erledigt sind. Mit anderen Worten, die Atombombe soll den amerikanischen Imperialisten zu erpresserischen Zwecken dienen.

Der Artikel war im „Collier's“ erschienen, bevor A. A. Gromyko auf dem Festessen anläßlich des zwanzigjährigen Jubiläums des Amerikanisch-Russischen Instituts seine Rede gehalten hatte. Diese Rede wurde in der USA-Presse lebhaft erörtert. Viele diesbezügliche Äußerungen lassen die angedeuteten Tendenzen noch plastischer hervortreten.

So behauptet z. B. Walter Lippmann in der „New York Herald Tribune“, A. A. Gromyko habe in seiner Rede versucht, die öffentliche Meinung der Welt mit „unfairen“ Methoden gegen die Vorschläge der USA zur internationalen Atomkontrolle aufzubringen. Diese Rede, so schreibt Lippmann, „sollte unser Land vor ein Dilemma stellen“. Die Sowjetregierung schlägt vor, unverzüglich ein Abkommen zu treffen, das die Herstellung, den Besitz und die Verwertung der Atomwaffe verbietet. Nehmen die USA einen derartigen Vorschlag an, so schreibt Lippmann, dann verzichteten sie auf eine Waffe, die die USA vor den anderen Ländern voraushaben, wodurch die Sowjetarmee in Europa und Asien das entscheidende Übergewicht bekäme. Und er fährt fort:

„Wenn wir uns nicht darauf einlassen, diese schrecklichen Waffen zu verbieten, ... dann können wir beschuldigt werden, uns selbstsüchtig und grausam an das Monopol auf eine Waffe zu klammern, mit der alle friedliebenden Völker in Massen vernichtet werden können. Wir hätten also, Gromykos Argument zufolge, zu wählen, ob wir Dummköpfe oder Schurken sein wollen, ob wir uns damit einverstanden erklären, daß einerseits die Rote Armee als unbesiegbare, unüberwindliche Kraft die Ziele der Sowjetunion unterstützt, und daß andererseits wir selbst eine grausame, unmenschliche Macht sein wollen, die die Mefischkeit zu terrorisieren und zu beherrschen beabsichtigt.“

Die Lage ist allerdings heikel. Im weiteren gibt Lippmann unzweideutig zu verstehen, daß er sich in diesem Dilemma für das letztere entscheidet, sucht aber seine Wahl durch die Behauptung zu bemänteln, die Weigerung der USA, die Atomwaffe zu verbieten, sei „vernünftig, zivilisiert und für uns unbedingt notwendig“.

Auf die Rede A. A. Gromykos, der hier nochmals die Notwendigkeit nachwies, unverzüglich eine Konvention über das Verbot der Atomwaffe und aller anderen Mittel zur Vernichtung friedlicher Bevölkerungsmassen abzuschließen, bemühen sich also Lippmann und der größte Teil der USA-Presse erneut, die öffentliche Meinung vom Kernpunkt der Frage abzulenken. Wortspielereien mit dem Dilemma „Dummköpfe oder Schurken“ bemänteln nur die schon früher angewandten Methoden der Atomerpressung.

Was aber die Aussichten auf eine friedliche Verwendung der Atomenergie betrifft, so haben dieser Teil der USA-Presse und die sich in ihrem Fahrwasser bewegende englische Presse entschieden ihren Ton geändert. Entwarf man früher die überschwenglichsten Zukunftsbilder, so sucht man heute dem Leser aus der Masse einen Schreck einzujagen.

So sucht z. B. die Zeitschrift „Liberty“ in einem langen pseudowissenschaftlichen Artikel nachzuweisen, daß eine umfangreiche Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke die Menschheit mit Entartung bedrohe. Die Einwirkung erhöhter Radioaktivität der Atmosphäre auf die Gene (Erblichkeitsfaktoren) werde angeblich zu Unfruchtbarkeit führen oder Kretins und Mißgeburten zeitigen, deren Zahl in den USA auch jetzt schon bedrohlich zunehme.

Der Verfasser stützt sich hauptsächlich auf die Ergebnisse von Experimenten mit Fliegen, die während der Atombombenexperimente auf Bikini durchgeführt wurden. Die Fliegen gaben unter Einwirkung der Radioaktivität in den nächsten Generationen viele mißgestaltete Exemplare. Das Ergebnis dieses Fliegenexperiments überträgt man nun auf die Menschen und behauptet, daß selbst ohne Atombombe die weitgehende Verwendung der Atomenergie zum Verschwinden der Menschen von der Erde führen könne. In seinen Schlußfolgerungen warnt der Verfasser, nicht mit dem Feuer zu spielen, und fordert auf, die Verwendung der Atomenergie in größerem Umfang zu verbieten.

Diese Schlußfolgerung wird in allen Tonarten von vielen anderen amerikanischen und englischen Zeitungen wiederholt und noch weiter ausgesponnen. Sie erklären, es sei besser, auf 20 Jahre hinaus die industrielle Verwertung der Atomenergie zu verbieten, damit man nicht eines Tages

vor den Folgen ihrer unkontrollierten Verwertung stehe. „Manchester Guardian“ schreibt z. B.:

„Der Plan Lillenthal basiert auf der Annahme, die Nationen der Welt seien heute nicht so weit, daß man ihnen unkontrollierte Atomenergiewerke anvertrauen kann.“

Zur Zeit, als sich die Wirtschaftskrise von 1929—1933 am meisten zugespitzt hatte, gehörte es in der amerikanischen Presse zum guten Ton, zu schreiben: „Nieder mit der Elektrizität“, „Legt dem technischen Fortschritt Zügel an“. Man schlug damals vor, den wissenschaftlichen Forschern einen langjährigen „Urlaub“ zu geben und ein „Moratorium“ für technische Erfindungen und Entdeckungen zu verkünden. Es fanden sich auch Philosophen, Soziologen und Volkswirtschaftler, die sich nicht genierten, vom „Bankrott“ der Wissenschaft und Technik zu faseln und sie für alles Unheil, das je über die Menschheit hereingebrochen ist, verantwortlich zu machen.

Solche Äußerungen wildesten Dunkelmännertums blieben nicht auf „theoretische“ Kniebeugen beschränkt. In einer Reihe amerikanischen Staaten kamen damals Gesetze durch, die die Einführung neuer technologischer Prozesse in den verschiedenen Industriezweigen einschränkten und selbst verboten. Einzelne Stadtverwaltungen suchten sogar die berüchtigten „Pläne von Hacke und Spaten“ in die Praxis umzusetzen, um die Einführung von Maschinen für schwere Erdarbeiten, besonders für Notstandsarbeiten für Erwerbslose, zu verhindern.

Die neue Wirtschaftskrise in den USA hat noch nicht eingesetzt. Aber wieder tauchen, als seien es Vorboten einer Krise, in der amerikanischen Presse Äußerungen über „den Bankrott der Wissenschaft“, natürlich in neuer Fassung, auf. Man schlägt hier und da vor, die friedliche Verwertung der Atomenergie und anderer wissenschaftlicher Entdeckungen zu „verbieten“, da die „Menschheit noch nicht so weit“ sei, daß man „den Nationen der Welt diese Entdeckungen anvertrauen“ könnte.

Die modernen Neandertaler, die Höhlenmenschen aller Art und Benennung, sind im eigenen Interesse nicht abgeneigt, sich der Atombombe und anderer Waffen zur Vernichtung von Menschenmassen zu bedienen. Gleichzeitig aber fürchten sie die friedliche Verwertung der Atomenergie, sie haben Angst vor der stürmischen Entwicklung der Wissenschaft und Technik.

Die Erfahrungen der Menschheit beweisen aber mit aller Überzeugungskraft, daß es unmöglich ist, die Entwicklung der Wissenschaft einzudämmen. Selbst die amerikanischen Reaktionsäre werden sich früher oder später überzeugen müssen, daß sie nicht imstande sind, den Fortschritt der Menschheit aufzuhalten.

Internationale Umschau

(Notizen)

EINE LÖSUNGSREIFE AUFGABE

In Deutschland haben in letzter Zeit mehrere interzonale Gewerkschaftskonferenzen stattgefunden. In der Einberufung dieser Konferenzen kam das Bestreben der Arbeiterklasse, sich im gesamtdeutschen Maßstab zusammenzuschließen, zum Ausdruck. Die Gewerkschaftsbewegung empfindet die Grenzen der Zonen als zu eng, sie nimmt immer häufiger gesamtdeutschen Charakter an und tritt als Initiator der Vereinigung der demokratischen Kräfte des Landes auf.

Anfang Mai fand in dem zur amerikanischen Besatzungszone gehörenden Garmisch-Partenkirchen die 4. interzonale Konferenz der Gewerkschaften Deutschlands statt, auf der die Gewerkschaften aller vier Zonen sowie Berlins, die insgesamt mehr als 7 Millionen Personen vereinigen, vertreten waren. Schon allein diese Ziffer spricht Bände, wenn man bedenkt, daß die deutschen Gewerkschaften 1933, vor ihrer Zerschlagung durch Hitler, 8 Millionen Mitglieder zählten. Die Gewerkschaften entwickeln sich rasch weiter. Allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres ist ihre Mitgliederzahl um 1 Million gestiegen.

Die 4. interzonale Konferenz, die nach der Moskauer Außenministerberatung zusammentrat, beschäftigte sich eingehend mit dem Problem der Demokratisierung Deutschlands. In einer von der Konferenz beschlossenen Resolution wird erklärt, die Konferenz sei „sich der großen Verantwortung der Gewerkschaften für eine stabile demokratische Entwicklung in Deutschland bewußt“. Gleichzeitig wird bemerkt, die Konferenz anerkenne „die Verpflichtung zur weitestmöglichen Wiedergutmachung der durch den nazistischen Krieg anderen Völkern zugefügten Schäden“. Dieser Beschluß ist die Antwort der Werktätigen Deutschlands an diejenigen, die sich den berechtigten Wiedergutmachungsforderungen der demokratischen Länder widersetzen.

Die Werktätigen Deutschlands sind bestrebt, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau ihres Landes zuwege zu bringen. Dieser Frage waren das Referat Hans Jendretzkys, des Vorsitzenden des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der Ostzone, und die Referate Schleichers und Richters, die die Gewerkschaften der amerikanischen Zone

vertraten, gewidmet. Die Beschlüsse der Konferenz bilden ein wichtiges wirtschaftspolitisches Programm, das die Gewerkschaften vertreten und durchführen werden. Seine Hauptpunkte betreffen die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, die Einführung eines Planwirtschaftssystems, die Steigerung der Industrieproduktion im Rahmen der von den alliierten Behörden festgesetzten Normen, die Entwicklung des Außenhandels, die Durchführung der Bodenreform, die Einführung systematischer Kontrolle und Regelung der Lebensmittelversorgung und die Liquidierung der Monopole.

Diesen Beschlüssen hat sich die 2. interzonale Konferenz der Hüttenarbeiter, die vom 28. bis 31. Mai in Halle abgehalten wurde, einstimmig angeschlossen. Die Konferenz, die 600 000 organisierte Bergarbeiter vertrat, sprach sich gegen die geplante Zerstückelung Deutschlands aus. In der Resolution heißt es:

„Die deutschen Bergarbeiter fühlen sich mit allen Werktätigen Deutschlands verbunden, die — um einen dauerhaften Frieden zu sichern — ein wirtschaftlich und politisch geeintes Deutschland anstreben.“

Die Konferenz in Halle bezeichnete es als notwendig und zeitgemäß, eine einheitliche Zentrale der deutschen Gewerkschaften zu schaffen. Sie hat Arbeitsausschüsse eingesetzt, die die Vereinigung der Bergarbeiterverbände vorbereiten sollen.

Die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenzen in Garmisch-Partenkirchen und Halle haben unter den Werktätigen Deutschlands lebhaften Widerhall gefunden. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind die natürliche Avantgarde der Kräfte, die für die Beseitigung der Überbleibsel des Faschismus und für eine demokratische Neuordnung des Landes kämpfen. Den deutschen Gewerkschaften fällt bei der Schaffung eines wahrhaft demokratischen Deutschlands eine große Rolle zu. Darin liegt ihre Bedeutung für die internationale Arbeiterbewegung.

VORSCHUBLEISTUNG FÜR FASCHISTISCHE VERBRECHER

Anfang Mai tauchte in den Wiener Zeitungskiosken eine neue Zeitung unter dem Titel „Der Aufbruch“ auf, deren Redaktion sich in Salz-

burg (amerikanische Zone) befand, während sie in Klagenfurt (englische Zone) gedruckt wurde. Der Inhalt der Zeitung ließ keinen Zweifel über ihre politische Richtung aufkommen — alle Artikel waren im Geiste von Goebbels gehalten. Die Zeitung fühlte sich so sicher, daß sie die Aufhebung aller antinazistischen Gesetze verlangte. Hauptschriftleiter des „Aufbruch“ war ein gewisser Zuzan, der seit 1932 der Hitlerjugend angehörte, im Jahre 1937 als Angehöriger der faschistischen „Legion Kondor“ an der Hitlerintervention in Spanien teilnahm und sich in den Jahren 1938 und 1939 als Student der Wiener Universität mit der Propagierung der Rassentheorie befaßt hat.

Faschistische Propaganda ist in Österreich verboten, die Besatzungsbehörden sind berufen, über die Einhaltung dieses Verbots zu wachen. Frühere Nazis haben kein Recht, Zeitungen herauszugeben. Überhaupt bedarf es für die Herausgabe einer Zeitung einer Lizenz der Behörden. Man fragte sich natürlich, wie das faschistische Blatt erscheinen konnte.

Bald stellte sich heraus, daß die faschistische Zeitung in der Druckerei der englischen Besatzungsbehörden in Klagenfurt gedruckt und von ihnen mit Papier beliefert wurde. Die Empörung der demokratischen Öffentlichkeit Österreichs über diesen Skandalfall war so groß, daß die Zeitung zu guter Letzt verboten wurde. Dennoch hat sie fast einen Monat lang den Faschismus propagieren können!

Das österreichische Innenministerium hat zu dieser Angelegenheit eine nicht sehr einleuchtende Erklärung abgegeben, in der versprochen wurde, Zuzan gerichtlich belangen zu wollen. Dieses Versprechen wurde ebenso wie überhaupt alle guten Absichten des Ministeriums hinsichtlich der Denazifizierung von der demokratischen Öffentlichkeit Österreichs skeptisch aufgenommen. Schon im März d. J. gab der gleiche Innenminister Helmer ebensolche Versicherungen ab, als in der amerikanischen Zone eine illegale Naziorganisation ausgehoben wurde, die sich mit Schleichhandel befaßte und auf diese Weise die faschistische Wahlarbeit finanzierte. Drei Monate sind vergangen, aber von einem Gerichtsverfahren gegen diese Bande verlautet kein Sterbenswörtchen...

Die Straflosigkeit stachelt die faschistischen Verbrecher noch mehr an. Die „Österreichische Zeitung“ vom 29. Mai meldet folgende Tatsache. In der englischen Besatzungszone, in der Gegend der Stadt St. Veit, liegt ein großer englischer Artilleriepark. Den Antransport von Munition haben die englischen Befehlsstellen kriegsgefangenen deutschen Chauffeuren und Verladern anvertraut. In diesen Tagen sind zwei

Lastkraftwagen mit Munition samt den deutschen Chauffeuren und Verladern verschwunden.

Die verhafteten Rädelsführer der Nazis fliehen einer nach dem anderen aus den Gefängnissen. Unter den Entflohenen befinden sich solche „kapitalen Böcke“ wie Uiberreither, der frühere Gauleiter von Steiermark, und Richter, der hitlerfaschistische Vizebürgermeister von Wien.

Derweilen alles das geschieht, verbreiten Bundeskanzler Figl, Außenminister Gruber, der Salzburger Erzbischof Rohrer und viele andere Amtspersonen in aller Welt die Version, in Österreich gebe es keine Nazigefahr und die Denazifizierung des Landes sei „im wesentlichen“ beendet...

ZUR LAGE IN BIRMA

Englands Bestreben, seine Herrschaft über Birma aufrechtzuerhalten, ruft unter den Volksmassen des Landes tiefgreifende Unzufriedenheit hervor. Diese Unzufriedenheit wurde nicht geringer nach den am 9. April in Birma durchgeführten Wahlen zu einer konstituierenden Versammlung, die von der sogenannten Antifaschistischen Liga organisiert wurden. Es ist den englischen Behörden gelungen, die Führung dieser Liga mit Hilfe ihres Leiters, Aung San, in ihr Werkzeug zu verwandeln.

Die Anwesenheit einer starken englischen Armee im Lande und das von Aung San aufgerichtete Terrorregime machen freie Wahlen unmöglich. Aus diesem Grunde haben viele soziale Organisationen Birmas die Wahlen boykottiert. So gelang es der von Aung San gefingerten Liga, in der Konstituierenden Versammlung fast alle Plätze zu besetzen.

Am Wahltage wurde die Lage von der „Yorkshire Post“ wie folgt charakterisiert:

„Unter den jetzt in Birma bestehenden Verhältnissen wäre der bloße Gedanke an Wahlen, wie sie heute in Birma stattfinden sollen, eine Farce, wenn er nicht eine Tragödie wäre. Eine konstituierende Versammlung, die von der Antifaschistischen Volksfreiheitsliga vollgepackt werden wird, kann einem Lande heißer politischer Leidenschaften und eingefleischter Bereitschaft zur Gewaltanwendung schwerlich den Frieden bringen.“

Das schrieb eine englische konservative Zeitung, die über das Anwachsen der Massenbefreiungsbewegung in Birma beunruhigt ist. Trotzdem bemühen sich die offiziellen Kreise Londons, die Sache so hinzustellen, als ob in Birma alles aufs beste bestellt sei. Lord Listowel, der Sekretär für Birma und Indien, hat im Parlament erklärt, die Zusammensetzung der Konstituierenden Versammlung Birmas sei „ein gutes Vorzeichen für die Zukunft“.

Dieser Optimismus war, wie sich bald zeigen sollte, verfrüht. Die Atmosphäre in Birma hat sich in keiner Weise entladen. Die Leiter der Antifaschistischen Liga und die Regierung denken gar nicht daran, zu verlangen, daß dem Lande die versprochene Unabhängigkeit eingeräumt wird. Der Informationsminister der Provisorischen Regierung Birmas hat die Meldung, wonach die erste Aufgabe der Konstituierenden Versammlung darin bestehen werde, das Land für einen unabhängigen, souveränen Staat zu erklären, rundheraus als absolut phantastisch bezeichnet. Ganz augenscheinlicherweise stellt man sich ganz andere Aufgaben. Vor allem geht es um die Unterdrückung der demokratischen Bewegung im Lande und die Entfernung aller, die die wahre Unabhängigkeit Birmas fordern, von der politischen Arena.

Eine solche Politik bringt Aung San in Konflikt mit den Volksmassen. Mehrere Gebiete des Landes sind von Aufständen erfaßt. Wie der Ranguner Reuterkorrespondent meldet, hat sich die Regierung gezwungen gesehen, mehrere Gebiete Südwestbirmas zu räumen. Partisanen kontrollieren bedeutende Territorien. An einigen Stellen hat die aufständische Bevölkerung ihre eigenen Machtorgane geschaffen.

Die britischen Behörden haben englische und indische Truppen ausgesandt, um mit den Partisanen Abrechnung zu halten. Aber ein drei Monate langer Krieg in den Dschungeln hat den englischen Offizieren keine Siegeslorbeeren gebracht. Die Reuteragentur hat vorderhand einmal mitgeteilt, die Kampagne in Zentralbirma sei „wegen Eintritts der Regenzeit“ eingestellt worden.

Unter dem Druck der Unzufriedenheit des Volkes hat Aung San eine demagogische Geste getan und einen Verfassungsentwurf veröffentlicht, worin erklärt wird, in Birma müsse die „unabhängige, souveräne Republik“ ausgerufen werden.

Die demokratische Öffentlichkeit hat diese neue Deklaration sehr skeptisch aufgenommen. Man weiß, was solche Erklärungen wert sind. Der „Manchester Guardian“ gibt offen zu verstehen, die deklarierte Unabhängigkeit Birmas sei als ein politischer Kniff aufzufassen. Das Blatt erklärt:

„Wenn die Birmanesen nicht den Namen der Unabhängigkeit für sich reklamierten, so würden sie gewiß die Substanz davon durchzusetzen trachten.“

Nichts anderes als den „Namen der Unabhängigkeit“ will Aung San im Auftrage der englischen Behörden dem birmanischen Volk aufdrängen. Das Volk aber wünscht, verlangt und

erstrebt gerade die Substanz der Unabhängigkeit, d. h. die volle Befreiung von der englischen Kolonialherrschaft.

SKLAVENMARKT IN KANADA

Meldungen aus Ottawa zufolge ist in dem kanadischen Import aus Europa kürzlich ein neuer Artikel aufgetaucht. Es werden weiße Sklaven eingeführt, die in der Forstwirtschaft und in Industriebetrieben arbeiten müssen.

Den Anfang gemacht hat mit diesem einträglichen Gewerbezug der kanadischen Kapitalisten der bekannte Fabrikant Dionné, ein liberales Mitglied des kanadischen Parlaments. Ende Mai trafen in seiner Textilfabrik die ersten 100 polnischen, ukrainischen, tschechischen und baltischen Sklavinnen aus Deutschland ein. Da wir im 20. Jahrhundert leben, überquerten die unglücklichen Mädchen den Ozean nicht in dem engen Laderaum einer Sklavenbrigg. Der liberale kanadische Sklavenhändler brachte die Sache auf das Niveau der modernen Technik: er verließ seine Opfer in Frankfurt am Main auf Flugzeuge und brachte sie auf dem Luftweg nach Kanada. Das ist aber auch alles, worin sich die Sitten des 20. von denen, sagen wir, des 18. Jahrhunderts unterscheiden. In allen übrigen Beziehungen erwies sich Dionné als würdiger Schüler der Piraten und Sklavenhändler, die seinerzeit schwarzes Elfenbein auf die Baumwollfelder der Pflanzer in den Südstaaten der USA brachten.

Schon in Deutschland zwang man die jungen Mädchen, einen Kontrakt zu unterzeichnen, dessen Bestimmungen offene Knechtschaftsverhältnisse zugrunde liegen. Die Unterzeichner sind vertraglich verpflichtet, zwei Jahre lang gegen die niedrigste Entlohnung, die nicht einmal für eine normale Ernährung ausreicht, für ihren Herrn zu arbeiten. Bis zum Ablauf dieser Frist müssen sie die Transportkosten (300 Dollar) vergüten und die Kleiderkosten zurückerstatten. Außerdem dürfen die jungen Mädchen zwei Jahre lang nicht heiraten!

Das skandalöse Vorgehen des kanadischen Parlamentariers und Fabrikanten Dionné ist in einer für ihn unerwünschten Weise ruchbar geworden. Von allen Seiten des Landes hagelte es Proteste politischer und gewerkschaftlicher Organisationen, die die Regierung scharf dafür verurteilten, daß sie es den Unternehmern gestattet, in Verletzung der Bestimmungen der Arbeitsgesetzgebung billige Arbeitskräfte zu importieren. Tim Buck, der Führer der Progressiven Arbeitspartei, hat erklärt, die Arbeitsbedingungen der jungen Polinnen in Dionnés Textilfabrik seien legalisierte Sklaverei. Byarnson, der stellvertretende Vorsit-

zende der Textilarbeitergewerkschaft, hat ebenfalls entschieden gegen die Anwerbung weißer Sklaven in Europa protestiert.

Am 2. Juni kam die Frage im kanadischen Parlament zur Sprache. Es wurden nicht wenige scharfe Worte an die Adresse Dionnés und der Regierung gerichtet. Aber der Sklavenhalter fand starke Befürworter an den kanadischen Ministern Louis St.-Laurent, Humphrey Mitchell und Allison Glen. Sie operierten mit dem einzigen Argument, die jungen Polinnen würden es in Kanada besser haben als in Deutschland.

Allem Anschein nach schicken sich die kanadischen Kapitalisten dazu an, jeden erdenklichen Vorteil aus der schweren Lage zu ziehen, in die die versetzten Personen in Westdeutschland durch Verschulden der englischen, amerikani-

schen und französischen Besatzungsbehörden, die ihre Rückkehr in die Heimat behindern, geraten sind. Zeitungsmeldungen zufolge bereitet die kanadische Regierung eine besondere Verordnung vor, die die Einfuhr von 23 000 versetzten Personen, hauptsächlich aus Polen und den baltischen Sowjetrepubliken, gestattet. In nächster Zeit werden 1400 Personen zu Forstarbeiten nach der Provinz Ontario geschickt werden. Zweitausend junge Frauen werden in Europa als Dienstboten angeworben werden.

Mit einem Wort, im demokratischen Kanada blüht der Sklavenmarkt.

Alles das zeigt, wohin die Politik in Wirklichkeit tendiert, die die Vertreter Englands und der USA in der Frage des Schicksals der versetzten Personen betreiben.

Das kulturelle Leben im heutigen Polen

S. MARCHLEWSKA

Ein REISENDER, der die Ruinen Warschaws besichtigt, fragt sich verwundert, ob aus diesem Trümmerfeld wohl je wieder neues Leben erstehen könne. Sieht er aber genauer hin, so entdeckt er zwischen den schwarz verkohlten Dachstühlen, zwischen den grauen Blöcken der Häuserruinen wie Blüten eingestreut die roten Dächer instand gesetzter Häuser.

Im Frühling gibt es in Warschau außerordentlich viel Blumen. Fast an jeder Straßenkreuzung werden sie feilgeboten. Wer mögen wohl die Käufer sein? Es sind die Bewohner der Ruinen. Diese Berge von Flieder, Narzissen, Tulpen und Rosen sind ein Symbol der Lebensenergie der Menschen, die das hartgeprüfte Polen zu neuem Leben erwecken. Inmitten von Ruinen und Blumen bauen sie Wohnhäuser, Fabriken, Kraftwerke. Auch die polnische Kultur, die Schulen, Institute, Universitäten und Akademien erleben ihre Auferstehung.

* * *

Die Hitlerfaschisten scheuten keine Mühe, die polnische Wissenschaft zu vernichten. Polnische Gelehrte aber setzten auch während der Okkupation ihre Arbeit fort und haben es vermocht, insgeheim eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten druckfertig zu machen.

In diesem Jahr feiert die polnische Akademie der Wissenschaften in Kraków ihr 75jähriges Jubiläum. Sie hat zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht. So gibt sie eine „Polnische Enzyklopädie“, eine „Polnische Bibliographie“ und ein „Bibliographisches Handbuch“ heraus. Ein sechsbändiges „Wörterbuch polnischer Mundarten“ ist bereits erschienen. Die philologische Abteilung hat „Materialien und Arbeiten der Sprachkommission“ herausgebracht, ferner 13 Bände eines „Jahrbuches für die Erforschung des Slawentums“ sowie über 20 Bände einer populären Schrift „Die polnische Sprache“. Ferner erhielt die Leserwelt eine „Bibliothek polnischer Schriftsteller“ und ein „Geschichtliches Archiv für Literatur und Aufklärung“. Auf ethnographischem Gebiet sind erwähnenswert zwei Bände „Volkskultur der Slawen“ von Prof. Kamoszynski und „Das Volk, seine Sitten und Gebräuche“ von Oskar Kolberg. Erschienen sind auch die gesammelten Werke der ältesten humanistischen Dichter.

Im vorigen Jahr wurde eine Reihe historischer Arbeiten veröffentlicht, darunter eine Schrift der Historischen Kommission: „Bericht des Ibrahim Ibn Jakub von seiner Reise in die slawischen Länder“ mit einem Vorwort von Prof. Tadeusz Kowalski. Tadeusz Lehr-Splawinski gab ein Buch

heraus, betitelt „Über den Ursprung und die Urheimat der Slawen“. Das Interesse für die Erforschung slawischer Probleme ist für die Wissenschaft des heutigen Polens charakteristisch.

Die polnische Akademie der Wissenschaften besitzt Zweigstellen in Paris und Rom. Ihre Bibliothek besteht aus 190 000 Bänden, 200 Manuskripten und etwa 1500 Frühdrucken (aus der Zeit vor 1600).

Der Sachschaden, der der polnischen Kultur durch den Überfall der deutschen Faschisten zugefügt worden ist, wird auf 4 700 000 000 Złoty (zum Vorkriegskurs) geschätzt. Die polnischen Bibliotheken verloren etwa 15 Millionen Bände. Die Verluste der Museen belaufen sich auf über 450 Millionen Złoty, die der Theater — die zerstörten Theaterbauten nicht gerechnet — auf 92 Millionen Złoty.

Die Nazibarbaren schlossen fast alle polnischen Lehranstalten. Die Regierung der polnischen Republik hat im Wiederaufbau des Volkswesens Außerordentliches geleistet. Ein ganzes Netz von Schulen wurde geschaffen, allein in den Westgebieten 4000 Grundschulen mit rund 10 000 Lehrern und 420 000 Schülern, 177 Mittelschulen mit 27 000 Schülern sowie 50 pädagogische Lyzeen und Seminare, in denen die zukünftigen Lehrer ausgebildet werden. Die Fortbildungsschulen für Erwachsene werden von 20 000 Hörern besucht. Der Staatshaushalt, der vom Sejm angenommen wurde, reserviert für Volkswirtschaftszwecke über 18 Millionen Złoty.

Außer an der bekannten Jagellonen-Universität in Kraków wurde der Lehrbetrieb an den Universitäten Wrocław und Toruń aufgenommen. In Warschau und Gdańsk bestehen polytechnische Institute. Im Jahre 1945 wurde die Medizinische Akademie eröffnet. Eine Reihe neuer Institute wurde gegründet, so z. B. das Staatliche Marineinstitut und die Außenhandelsakademie in Gdynia, das Institut für die Erforschung des Slawentums in Puck, das Westinstitut in Poznań, das die Geschichte der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland erforscht. Dieses Institut hat einige interessante Forschungsarbeiten veröffentlicht, so z. B. „Polen unter deutschem Recht“ von K. Pospieszalski, „Die Okkupation Polens durch die Deutschen im Lichte des Völkerrechts“ von A. Klawkowski und einen „Atlas geographischer Bezeichnungen der slawischen Westgebiete“ von S. Kozierowski. In Katowice wurde ein Schlesien-Institut gegründet, das die Geschichte und Völkerkunde Schlesiens erforscht.

In kultureller Beziehung hat die Gesellschaft der Arbeiter-Universitäten (TUR) sehr viel geleistet, sie schuf im ganzen Lande Fortbildungs-

schulen, in denen Erwachsene ihre Allgemeinbildung vervollkommen können.

In allen Städten werden die von den deutschen Faschisten geplünderten Bibliotheken vervollständigt. In den Polen wiederangegliederten Gebieten wurden 800 Bibliotheken, davon 323 in den Dörfern, eröffnet. Eine lebhaftige Tätigkeit entfalten die Gesellschaft für Medizin und die Gesellschaft der Freunde der Wissenschaft. Die Öffentlichkeit Polens zeigt wachsendes Interesse für Fragen der slawischen Kultur im weitesten Sinne, was schon daraus zu entnehmen ist, daß die Zahl der Zweigstellen der Gesellschaften für polnisch-sowjetische, polnisch-tschechische und polnisch-jugoslawische Freundschaft in stetem Zunehmen begriffen ist.

* * *

Die Warschauer Universität, deren Gebäude stark beschädigt ist, entfaltet, trotz der schweren Verluste an Menschen und wissenschaftlichen Materialien, eine äußerst intensive Tätigkeit. Neue Fakultäten werden eröffnet, neue Laboratorien eingerichtet.

Die Universität hat eine Fakultät für die Erforschung des Slawentums, die in drei Abteilungen — für slawische Literatur, für slawische Sprachen und für Völkerkunde der slawischen Länder — qualifizierte Erforscher des Slawentums heranbildet.

Der Raum, in dem die Vorlesungen gehalten und die sonstigen Arbeiten dieser Fakultät durchgeführt werden, ist für Warschauer Verhältnisse äußerst charakteristisch. Die Einrichtung ist zusammengewürfelt, Schränke, Tische und Bänke passen nicht zusammen, außerdem stehen auch noch zwei Bettstellen da. Hier finden zwei Professoren der Fakultät, deren Wohnungen von den Faschisten eingeäschert worden sind, notdürftige Unterkunft.

Die größten Schwierigkeiten bereitet der Mangel an Literatur. Die Okkupanten haben in den polnischen Bibliotheken vandalisch gehaust. Tausende von Bänden der Universitätsbibliothek flogen zum Fenster hinaus und wurden vernichtet.

Eine interessante Arbeit leistet das in Warschau gegründete Zentralinstitut für Kultur, das vom Minister für Kultur und Kunst geleitet wird. Das Institut erforscht die Volkskultur Polens und sammelt diesbezügliche Materialien, wie Lieder, Legenden und Überlieferungen. In der Stadt Szklarska Poręba wurde vom Institut eine wissenschaftliche Zentrale eingerichtet, die die Volkskunst Schlesiens erforscht.

Warschau ist stolz auf sein Nationalmuseum, dessen Mitarbeiter voll Selbstaufopferung eine Anzahl wertvoller Ausstellungsgegenstände vor den Hitlerschen Rowdys gerettet haben. Das

Museum enthält u. a. auch eine herrliche Bildergalerie mit Werken polnischer Künstler, wie Michałowski, Grottger, Kossak, Siemiradzki, Chelmoński, Malczewski u. a. Die Werke des berühmten polnischen Malers Matejko sind in einem separaten Saal ausgestellt. Die Mitarbeiter des Museums retteten aus der Galerie des königlichen Schlosses Bilder von Canaletto, die das alte Warschau zum Thema haben. Außer ihrem künstlerischen haben sie jetzt auch noch unschätzbaren historischen Wert und sind daher jedem Polen teuer.

Das Nationalmuseum ist stets gut besucht.

* * *

Wer das öffentliche Leben Polens beobachtet, dem kann die große Anzahl der dort erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften nicht entgehen. Das unaufhaltsame Wachstum der Presse ist ein Gradmesser für den Wissensdurst, von dem das ganze Land nach dreizehn Jahren Sanationsregime und fünf Jahren faschistischer Okkupation ergriffen ist. Die Regierung tut alles, um die schöpferischen Kräfte des Volkes zu entwickeln. Außer der Tagespresse, den Partei- und Gewerkschaftszeitungen sowie wissenschaftlichen und technischen Fachblättern erscheinen in Polen über 20 Literatur- und Kunstzeitschriften.*

Wenn die Malerei noch unverkennbar zum Konservatismus neigt und die rückständige Tendenz „l'art pour l'art“ in ihr vorherrscht, so wendet sich die Literatur, namentlich die Dramatik, den bedeutenden Themen des modernen gesellschaftlichen und politischen Lebens zu, die die Massen angehen.

In den Spalten der Literatur- und Kunstzeitschriften spiegelt sich der Kampf wider, den die fortschrittlichen Vertreter der polnischen Kultur führen, um die Kunst dem Leben, den Massen näherzubringen, und um Themen zu fördern, die das ganze Land interessierende Probleme beleuchten.

Im Oktober v. J. tagte der zweite polnische Schriftstellerkongreß. Das wichtigste zur Sprache gebrachte Problem waren die neuen Aufgaben der polnischen Literatur. Es wurden Vorträge gehalten

* Die wichtigsten literarischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Zeitschriften sind: „Odrodzenie“ (Wiedergeburt), „Kućnica“ (Die Schmiede), „Mysł współczesna“ (Der moderne Gedanke), „Wiedza i życie“ (Wissenschaft und Leben), „Życie nauki“ (Das wissenschaftliche Leben), „Źródło“ (Die Quelle), „Wieś“ (Das Dorf), „Odra“ (Die Oder), „Nowiny literackie“ (Literarische Neuheiten), „Tygodnik Warszawski“ (Warschauer Wochenblatt), „Problemy“, „Arkona“, „Alma mater“, „Dziś i jutro“ (Heute und morgen).

über „Die Lage der Literatur und der Schriftsteller in Polen“ und „Die berufliche Lage der Schriftsteller“. Die vom Kongreß beschlossene Resolution fordert die polnischen Schriftsteller auf, am Kulturaufbau tätigen Anteil zu nehmen und Probleme aufzurollen, die auf die großen sozialen und ökonomischen Fortschritte im Nachkriegspolen Bezug haben.

Von den neuen Werken der polnischen Schriftsteller ist das Buch „Die Mauern von Jericho“ von Tadeusz Breza, dem im vorigen Jahr als bestem Werk der polnischen Nachkriegsprosa der Literaturpreis der Zeitschrift „Odrodzenie“ zuerkannt wurde, besonders interessant.

Die in Katowice erscheinende Literatur- und Kunstzeitschrift „Odra“ hat für Schriftsteller, deren Werke die Polen wiederangegliederten Gebiete behandeln, einen Preis gestiftet.

Wie sehr sich die polnische Öffentlichkeit für russische Literatur interessiert, geht daraus hervor, daß viele Übersetzungen der russischen Klassiker und der Werke von Sowjetschriftstellern veröffentlicht werden. In den letzten beiden Jahren erschienen in polnischer Sprache Neuauflagen von Gogols „Toten Seelen“, Gorkis „Meine Kindheit“ und „Meine Universitäten“, Majakowskis „Gut und schön“, Scholochows „Der stille Don“, Makarenkos „Pädagogisches Poem“. Der bekannte polnische Dichter Julian Tuwim übersetzte kürzlich „Das Lied von Igers Heerfahrt“.

Die Fachleute des Verlagswesens haben ihre Organisation, den „Rat des Buches“. Während der Okkupation wurden 60 Prozent der Druckereien vernichtet, so daß es nicht leicht ist, Bücher herauszubringen. Es wird jedoch alles zur Wiederherstellung des Verlagswesens getan. Eine große Rolle spielt hierbei die im Oktober 1944 gegründete Verlagsgenossenschaft „Czytelnik“. Im November v. J. gaben die Verlage dieser Genossenschaft zwölf Zeitungen mit einer Monatsauflage von 22 Millionen Exemplaren heraus. Bis Ende v. J. veröffentlichte „Czytelnik“ über 100 Bücher und organisierte den Buchhandel im ganzen Land. Auch der bekannte, seit 110 Jahren bestehende polnische Verlag „Arct“ hat seine Tätigkeit wiederaufgenommen. Er bringt jetzt interessante Bücher heraus, so z. B. die „Bibliothek der Wissenschaft über Polen“, „Die populäre Wiederaufbaubibliothek“, ferner Wörterbücher und Lexika.

* * *

Inmitten der Ruinen Warschaws erheben sich, eingeklinkt zwischen den Mauern halbzerstörter Gebäude, mehrere Theater, deren bescheidene Zuschauerräume täglich überfüllt sind.

Polen hat vier Staatstheater: das Polnische Staatstheater in Warschau, das Staatstheater der polnischen Armee in Łódź, das Staatliche Wyspiański-Theater in Katowice und das Polnische Staatstheater in Poznań. Außerdem gibt es 30 Theater mit Truppen von Berufsschauspielern, 20 Jugendtheater und 40 Theater, in denen die besten Amateurtruppen auftreten. Es wurden 12 Bühnen- und Ballettschulen gegründet, was insofern wichtig ist, als Polen durch die Hitlerokkupation und die Kriegshandlungen sehr viele Schauspieler verloren hat.

In Warschau wurde voriges Jahr die erste staatliche Bühnenhochschule Polens unter Leitung des berühmten polnischen Regisseurs L. Sziller gegründet. Da sich in Warschau keine Räume fanden, hat die Schule zeitweilig ihren Sitz in Łódź. Eine zweite staatliche Bühnenschule wurde in Kraków eröffnet. Es erscheinen drei Theaterzeitschriften, und zwar „Teatr“, „Teatralna Łódź“ und „Listy z Teatru“ (Briefe aus dem Theater).

Wie die Zeitschrift „Teatr“ meldet, standen im Spielplan der polnischen Theater während der Theatersaison 1946/47 die Stücke der polnischen Klassiker Slowacki und Fredro an erster Stelle. Von den russischen Dramatikern ist Gogol besonders beliebt. Sein „Revisor“ wird in sechs polnischen Städten aufgeführt. Bedeutenden Raum in den Spielplänen nehmen auch Stücke westeuropäischer und amerikanischer Dramatiker ein.

Die Konzertsäle Polens sind stets überfüllt. Das Land hat mehrere Symphonieorchester, so in Kraków, Katowice, Wrocław, Toruń, Lublin und Bydgoszcz unter Leitung der bekannten Dirigenten Fitelberg, Berdiajew, Guzyński, Latoszewski und Wilkomirski.

Die polnischen Komponisten und Musiker erfreuen sich auch außerhalb Polens großer Erfolge. Die polnische Sängerin Ewa Bandrowska-Turska ist in der Sowjetunion wohl bekannt. In Frankreich, England, Schweden, Dänemark und Norwegen gaben der Dirigent Fitelberg und die Geigerin Umińska mit großem Erfolg Gastkonzerte. Auf dem internationalen Musikerwettbewerb in Genf wurden die junge polnische Geigerin Wanda Wilkomirska und die polnische Sängerin Irena Lewińska preisgekrönt. Großen Erfolg hatte die moderne polnische Musik auf den Londoner Festspielen der Internationalen Gesellschaft für moderne Musik, wo das Konzert des polnischen Komponisten Roman Palester und das Geigenquartett von J. Fitelberg gespielt wurden.

Ein bemerkenswertes Ereignis im Theaterleben Polens war die Aufführung der Oper „Chłopska krew“ (Bauernblut) von den Bauern Władysław Kurbel und Alojz Łazarek. Die Oper wurde in

Jelenia Góra (Niederschlesien) von Amateurschauspielern aufgeführt.

Die Zentrale der Musikamateure Polens ist das Łódzger Volksmusikinstitut.

Der Anfang d. J. in polnischen Lichtspielhäusern aufgeführte erste polnische Nachkriegsfilm „Verbotene Liedchen“ zeigt, welche Bedeutung die Musik während der schweren Zeit der Hitlerokkupation für das polnische Volk hatte. Unter Lebensgefahr veranstalteten polnische Musikliebhaber in Privatwohnungen Konzerte. Die mächtigen Akkorde Chopins begeisterten in dem gleichnamigen Film die kecken Warschauer Jungens sangen Antihitlerlieder, ohne sich um die SS-Leute zu kümmern.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die polnischen Filme vor dem Kriege auf sehr niedrigem Niveau standen. Jetzt sind in verhältnismäßig kurzer Zeit unzweifelhafte Erfolge zu verzeichnen. Auf den vorjährigen internationalen Kinofestspielen in Cannes wurde der polnische Kurzfilm „Wieliczka“, der die Salzgewinnung in dem gleichnamigen polnischen Gradierwerk zeigt, als bester wissenschaftlicher Aufklärungsfilm anerkannt.

In den letzten beiden Jahren wurden in Polen 39 Mittel- und Kurzfilme herausgebracht. Die besten davon sind neben „Wieliczka“: „Die Oder hinab bis zur Ostsee“ und „Warschauer Suite“.

Anfang 1945 hatte Polen insgesamt nur 17 Lichtspielhäuser, jetzt sind es etwa 500. Von großer Bedeutung für den Aufstieg der polnischen Filmindustrie ist die Eröffnung der ersten polnischen Kinoapparaturenfabrik in Łódź...

* * *

Bei den angeführten Ziffern und Tatsachen sind die Schwierigkeiten zu berücksichtigen, die das von der Naziokkupation verheerte Polen durchmacht. Aber selbst unter diesen schweren Verhältnissen steht das Kulturleben des polnischen Volkes nicht nur im Zeichen der Wiedergeburt, sondern weist eine Fortentwicklung auf und geht seiner Blüte, seinem Aufschwung entgegen.

Dies ist durchaus kein Zufall. Es ist möglich dank der grundlegenden Umgestaltungen, die das Land durch das wahrhaft demokratische Regime und seine Konsolidierung erfahren hat. Im faschistischen Polen der Vorkriegszeit waren Kultur, Wissenschaft, Aufklärung und Kunst den Volksmassen verschlossen. Die herrschende Clique war nicht daran interessiert, das Kultur-

niveau des Volkes zu heben, sie bemühte sich, die Hauptmasse der Bevölkerung in gefügige Sklaven zu verwandeln.

Erst die Zerschmetterung des Faschismus und die durchgreifenden sozialen und ökonomischen Umgestaltungen in Polen wie auch in den anderen Ländern der neuen Demokratie haben dem gesell-

schaftlichen, politischen und kulturellen Leben den Weg zu einer allseitigen Entwicklung gebahnt. Das wahrhaft demokratische Regime und die wirkliche Volksmacht schaffen Voraussetzungen für die Entwicklung der schöpferischen Kräfte der Massen, so daß das ganze Volk in immer höherem Maße der Kultur teilhaftig wird.

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

Wie der „Economist“ die Iraner hintergeht

Die Sowjetunion und Iran haben, wie bekannt, ein Abkommen über die Bildung einer gemischten sowjetisch-iranischen Gesellschaft geschlossen, der die Feststellung und Ausbeutung der Erdölvorkommen Nordirans obliegen soll. Das Abkommen bietet Iran günstigere Bedingungen als irgendein anderer derartiger Vertrag mit einem fremden Staat. Es ist auf 50 Jahre befristet. In den ersten 25 Jahren gehören Iran 49 Prozent und später 50 Prozent der Aktien dieser Gesellschaft. Der Gewinn wird proportionell zum Aktienbesitz verteilt, Iran erhält also die Hälfte. Nach 50 Jahren hat die iranische Regierung, falls sie die Gesellschaft in dieser Form nicht aufrechtzuerhalten wünscht, das Recht, die in den Händen der Sowjetunion befindlichen Aktien anzukaufen und so die Gesellschaft ganz zu übernehmen.

Dieses Abkommen wurde vor über einem Jahr, im April v. J., geschlossen. Es wirkte auf die englischen Imperialisten derart verstimmend, daß sie sich darüber noch immer nicht beruhigen können. Das geht auch aus einem Artikel hervor, der kürzlich im „Economist“, einem Organ der englischen Geschäftskreise, erschienen und im offiziellen Bulletin der englischen Botschaft in Teheran abgedruckt worden ist.

Dieser Artikel soll ganz offensichtlich das sowjetisch-iranische Abkommen diskreditieren und in der iranischen Öffentlichkeit Mißtrauen gegen die Sowjetunion wecken. Die angewandte Methode ist ziemlich primitiv. Der „Economist“ sucht die Iraner damit zu schrecken, daß die Bildung der sowjetisch-iranischen Gesellschaft „eine neue Okkupation“ Irans bedeute.

Dieses an den Haaren herbeigezogene Argument kann in Iran nur solche Leute „überzeugen“, die eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Iran mit allen Mitteln herbeiführen wollen und ein Erdölmonopol englischer Gesellschaften in Iran für „vorteilhafter“ halten. Die von den englischen Erdölgesellschaften

unabhängige Öffentlichkeit Irans aber weist die Insinuation des „Economist“ entrüstet zurück. So schreibt die Teheraner Zeitung „Aras“ über den Artikel im „Economist“:

„Er ist ein Gemisch von Kasuistik und Heuchelei, wie es dem Korrespondenten einer rechten, konservativen Zeitschrift wohl ansteht... Er hat in Iran zwar manches gesehen und gehört, was er aber schreibt, ist ein Abklatsch der politischen Tendenzen jener Kreise, die in seiner Zeitschrift den Ton angeben.“

Die Tendenzen der Drahtzieher des „Economist“ sind bekannt. Die englischen Besitzer der Anglo-Iranischen Erdölgesellschaft brauchen Iran nur 20 Prozent der für die Aktienbesitzer bestimmten Reingewinne sowie den minimalen Betrag von 4 Schilling pro Tonne iranischen Erdöls abzuführen. Selbst die unbeschlagensten Mietlinge Englands in manchen Teheraner Zeitungsredaktionen können sich ausrechnen, daß das Abkommen mit der Sowjetunion für Iran bedeutend vorteilhafter ist als die englische Erdölkonzession.

Will man schon von Okkupation reden, so wäre das wohl die geeignetste Bezeichnung für die Zustände in Husistan, dem Wirkungsbereich der englischen Erdölkonzessionen. Man nennt diese Provinz sogar einen englischen Staat in Iran. Die Gesetze Irans haben dort keine Gültigkeit, die dortige Polizei steht im Sold der englischen Konzessionäre. In dem Abkommen zwischen der Sowjetunion und Iran ist, da ja solche Praktiken vorkommen, besonders festgelegt worden, daß die Bewachung des Tätigkeitsgebiets der Gesellschaft ausschließlich von den Sicherheitsorganen Irans zu bewerkstelligen ist.

Wenn der „Economist“ die Iraner hinter das Licht zu führen sucht, so handelt er im Auftrage der englischen Erdölgesellschaften, deren Vorteile sich natürlich nicht mit den Vorteilen Irans decken. Eben deshalb geben sie sich Mühe, das Abkommen zwischen der Sowjetunion und Iran zu diskreditieren.

3. Juni

In Bukarest wird ein Sowjetisch-Rumänisches Institut eröffnet.

4. Juni

Im Sicherheitsrat beginnt die Aussprache über den Bericht des Ausschusses der Militärstäbe.

Der UNO-Unterausschuß für Informations- und Pressefreiheit schließt in Neuyork seine erste Tagung und bestätigt den Bericht an den Wirtschafts- und Sozialrat mit der vorläufigen Tagesordnung der bevorstehenden internationalen Konferenz über Informations- und Pressefreiheit.

In Cluj (Klausenburg, Rumänien) beginnt der Prozeß gegen 52 Mitglieder einer in Transsylvanien aufgedeckten profaschistischen Sabotageorganisation, die sowohl Waffen wie Instruktionen von den Verschwörern gegen die ungarische Republik erhielt.

Der Abgeordnete Ferenc Implom wird als Generalsekretär der ungarischen Partei kleiner Landwirte bestätigt.

Das USA-Repräsentantenhaus stimmt dem Gesetzentwurf zu, durch den das Streikrecht und die Gewerkschaftsrechte eingeschränkt werden.

Das leitende Komitee (Comité directeur) der Sozialistischen Partei Frankreichs beschließt die Auflösung der etwa 50 000 Mitglieder zählenden progressiven sozialistischen Jugendorganisation.

Beginn eines Lohnstreiks der Eisenbahner in Paris.

In Amritsar (Provinz Pandschab, Indien) kommt es zu Zusammen-

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Juni 1947

Stößen zwischen Hindus und Moslems, bei denen 6 Personen getötet und 10 verwundet werden.

Stürmische Debatte im kanadischen Unterhaus über die Anwesenheit von USA-Truppen in Kanada.

Spruille Braden, USA-Unterstaatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, tritt zurück.

5. Juni

Gemeinsame Massenmeetings der Arbeiterparteien in Budapest unter der Losung: Einheit der demokratischen Kräfte und endgültige Ausrottung der Reaktion in Ungarn.

Fünzigtausendköpfiges Protestmeeting in Neuyork gegen die arbeiterfeindliche Gesetzgebung.

Der USA-Senat beschließt die Ratifizierung der Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien.

6. Juni

Rede des Sowjetvertreter A. A. Gromyko im Sicherheitsrat zum Bericht des Ausschusses der Militärstäbe.

Beginn der Sitzungen des Exekutivkomitees der Weltföderation der Gewerkschaften in Prag.

Das Große Sobranje Bulgariens hebt die Immunität von Nikola Petkoff, dem Führer der oppositionellen Parlamentsgruppe der Bauernpartei,

auf, der der Vorbereitung eines Staatsumsturzes beschuldigt wird.

In der britischen Besatzungszone wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands verboten.

In München wird eine Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder eröffnet. Die Ministerpräsidenten der Länder der sowjetischen Besatzungszone lehnen, da ihre Vorschläge für die Tagesordnung nicht angenommen wurden, die Teilnahme an der Konferenz ab.

7. Juni

Die Sowjetpresse veröffentlicht einen Beschluß des Ministerrats der UdSSR über die Zuerkennung der Stalinprämien für hervorragende wissenschaftliche Arbeiten, bedeutende Erfindungen und grundlegend vervollkommnete Produktionsmethoden, ferner für Spitzenleistungen in Kunst und Literatur im Jahre 1946.

Die Handelsdelegation der jugoslawischen Regierung unter Führung des jugoslawischen Außenhandelsministers Nikola Petrović trifft in Leningrad ein.

In Prag wird der 2. Internationale Journalistenkongreß der Nachkriegszeit geschlossen. Der Kongreß beschließt eine Resolution über Presse- und Informationsfreiheit, genehmigt die Satzungen des Internationalen Journalistenverbandes und wählt dessen leitende Körperschaften.

In Belgrad trifft eine vom Ministerpräsidenten Petru Groza geführte rumänische Regierungsdelegation ein.

Die ungarische Presse veröffentlicht eine Deklaration des Nationalkomitees Ungarns über die innerpolitische Lage.

Rücktritt der Regierung des Libanons.

8. Juni

In Florenz wird der erste Kongreß der Allgemeinen Arbeitskonföderation Italiens geschlossen. Die Tagung wählt die Föderationsleitung und faßt eine Resolution zu Fragen der demokratischen Wiederherstellung des Landes, der Löhne und des Kampfes gegen die Inflation.

9. Juni

In Prag wird die Tagung des Generalrats der Weltföderation der Gewerkschaften eröffnet.

Das Exekutivkomitee der Weltföderation der Gewerkschaften beschließt, gegen die Inhaftierung von Resa Rusta, dem Vorsitzenden des Zentralrats der iranischen Gewerkschaften, bei der iranischen Regierung Protest einzulegen.

Die Studenten von 21 chinesischen Colleges und Universitäten wenden sich mit einem Offenen Brief an die Völker der ganzen Welt, in dem sie gegen die von den Kuomintang-behörden unternommenen Versuche, die Studentenbewegung in China zu unterdrücken, Protest erheben.

Norman Armour wird von Truman zum USA-Unterstaatssekretär für Angelegenheiten der lateinamerikanischen Länder ernannt.

Ausbruch eines Volksaufstandes in der chinesischen Provinz Kwangsi.

10. Juni

Eröffnung einer außerordentlichen Tagung der ungarischen Nationalversammlung in Budapest.

Das Kriegsgericht in Sofia

verurteilt den Henker des bulgarischen Volkes Alexander Zankoff und sechs seiner Helfershelfer in contumaciam zum Tode.

Hunderttausendköpfige Protestdemonstration in Neuyork gegen die arbeiterfeindliche Gesetzgebung des Kongresses.

Der USA-Präsident Truman trifft in Kanada ein.

Der Rat der Moslemliga akzeptiert den englischen Plan, der eine Teilung Indiens vorsieht.

11. Juni

Eine tschechoslowakische Militärdelegation unter Führung des Generals Svoboda, Verteidigungsministers der Tschechoslowakei, trifft in Belgrad ein.

VERLAGSANGEIEN

MILITÄRVERLAG DES MINISTERIUMS DER STREITKRÄFTE DER UdSSR

Neuerscheinungen:

HARALD SVERDRUP — *Mit dem U-Boot ins Packe's*. Aus dem Norwegischen mit Vorworten vom Verfasser und Professor W. J. Wiese. 144 S., Rbl. 3,—
Über die Arktisexpedition 1931 mit dem U-Boot „Nautilus“.

R. FRAJERMAN und P. SAIKIN — *Das Leben und die ungewöhnlichen Abenteuer des Reisenden und Seefahrers Kapitänleutnant Golowin*. Erstes Buch. 280 S., Rbl. 5,50

M. EGART — *Die undurchdringliche Zone*. Erzählung. (In der Serie „Bibliothek des Nachimowmanns“.) 208 S., Rbl. 6,—

In Vorbereitung:

JOHN PHILIPS CRANWELL — *Die Bestimmung der Seestreitkräfte*. Aus dem Englischen. 176 S., Rbl. 4,—
Oberst B. S. TELPUCHOWSKI — *Der Nordische Krieg. 1700—1721. Peter I. als Feldherr*. 200 S., Rbl. 10,—. Mit Kartenbeilagen.

BEITRÄGE ZUR RUSSISCHEN KRIEGSGESCHICHTE. Herausgegeben von L. G. Beskrowny. 640 S., Rbl. 26,—

Sammlung kriegsgeschichtlicher Dokumente vom 10. bis Anfang des 20. Jahrhunderts.

STAATSVERLAG FÜR LEHRBÜCHER UND PÄDAGOGISCHE LITERATUR BEIM MINISTERIUM FÜR VOLKSBILDUNG DER RSFSR

Neuerscheinungen:

Prof. Dr. der techn. Wissenschaften K. K. AGLINZEW — *Abhandlungen über Atomkernphysik*. 56 S., Rbl. 1,20
Eine Übersicht über die wichtigsten Eigenschaften der Kernphysik.

Professor W. W. WINOGRADOW — *Die russische Sprache* (Grammatische Wortkunde). 784 S., Rbl. 29,—

Professor I. M. TRONSKI — *Geschichte der antiken Literatur*. 496 S., Rbl. 21,—

STAATSVERLAG FÜR KINDERLITERATUR BEIM MINISTERIUM FÜR VOLKSBILDUNG DER RSFSR

Neuerscheinungen:

ALADIN UND DIE WUNDERLAMPE. Arabisches Märchen. Mit Illustrationen von W. Jermolow. (In der Serie „Erste Bibliothek des Schulkindes“.) 48 S., Rbl. 1,20

A. ALTADJEW — *M. I. Glinka*. 268 S., Rbl. 9,50

Erzählung von dem Leben und Schaffen des russischen Komponisten.

J. BASCH — *Professor Buiko*. Erzählung. Aus dem Ukrainischen von W. Juresinski. Mit Illustrationen von F. Glebow. (In der Serie „Kriegsbibliothek für Schulkinder“.) 144 S., Rbl. 4,20

IN JENEN TAGEN. *Leningrader Album*. Bilder von A. Pachomow. Text von N. Tichonow. 48 S., Rbl. 5,—

M. SINGER — *U-Boot-Krieg im Nördlichen Eismeer*. Mit Illustrationen von A. Schulz. (In der Serie „Kriegsbibliothek für Schulkinder“.) 64 S., Rbl. 2,—

Von dem heldenhaften Kampf sowjetischer U-Boot-Mannschaften während des Großen Vaterländischen Krieges.

J. CONRAD — *Ein Duell*. Aus dem Englischen von M. Bogoslawskaja. Mit Illustrationen von D. Dubinski. 412 S., Rbl. 4,—

Erzählung aus dem französischen Leben zu Anfang des 19. Jahrhunderts.

S. MARSCHAK — *Gedichte für Kinder*. Mit Illustrationen von W. Lebedew. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 32 S., Rbl. 2,—

ONKEL FROST, FUCHS UND WOLF. Russische Volksmärchen, bearbeitet von A. Tolstoi. Mit Illustrationen von I. Kusnezow. (In der Serie „Meine ersten Bücher“.) 24 S., Rbl. 1,50

D. NAGLSCHKIN — *Die stille Bucht*. Mit Illustrationen von W. N. Konstantinow. 134 S., Rbl. 5,50

W. ODOJEWSKI — *Ein kleines Städtchen in der Tabakdose*. Märchen. Mit Illustrationen von M. Gorschman. 16 S., Rbl. 2,—

N. PAWLOWA — *Der Moosfarn, ein Kind der Wüste*. Mit Illustrationen von W. Jolkin. 64 S., Rbl. 2,—

Pflanzengeschichten.

M. PRISCHWIN — *Der Kranich*. Mit Illustrationen von W. Jolkin. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 32 S., Rbl. —,80

Erzählungen über Tiere.

M. PRISCHWIN — *Des Fuchses Brot*. Mit Illustrationen von W. Jolkin. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 80 S., Rbl. 1,50

Geschichten über Vierfüßler und Vögel.

A. S. PUSCHKIN — *Ausgewählte Werke*. Mit Illustrationen von W. Jermolow. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 160 S., Rbl. 4,50

I. I. PUSCHTSCHIN — *Erinnerungen an Puschkin*. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 72 S., Rbl. 2,—

W. JAN — *Das phönizische Schiff*. Historische Erzählung. Mit Illustrationen von W. Bechtejew. 174 S., Rbl. 4,50

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

IN

RUSSISCHER,

ENGLISCHER,

FRANZÖSISCHER

UND

DEUTSCHER SPRACHE

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UDSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.